:antifaschistische nachrichten Nr.5

g 3336 07.3.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Neue Militärgerichtsbarkeit in Deutschland verhindern

BREMEN. **Die „BUNDESVEREINIGUNG OPFER DER NS-MILITÄRJUSTIZ" diskutierte auf ihrer Jahresmitgliederversammlung in Bremen die unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetriebenen Pläne der Bundesregierung, einen gesonderten „Gerichtsstand für die Angehörigen der Bundeswehr im Ausland" zu schaffen.**

Nach Auffassung der Bundesvereinigung würde eine solche Sonderjustiz aber nicht – wie behauptet – einer Verbesserung der rechtlichen Stellung der Soldaten dienen, sondern – im Gegenteil – den Bundeswehrangehörigen eine rechtliche Sonderstellung zuweisen, die dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform entgegensteht, Tendenzen zur Abkehr von einer Verfassungsarmee verstärkt und große Gefahren für den Rechtsstaat in sich birgt.

Die von der **Mitgliederversammlung einstimmig beschlossene** Stellungnahme lautet:

„In ihrem Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 vereinbarten CDU/CSU und FDP, eine „zentrale Zuständigkeit für die Verfolgung der Straftaten der Soldaten … im Ausland" zu schaffen (S.121). Seit dem 28. April 2010 liegt ein Referentenentwurf vor, über den aber nicht öffentlich diskutiert wird.

Die Erfahrungen aus der jüngsten Geschichte und die Schwierigkeiten ihrer politisch-gesellschaftlichen Aufarbeitung sind Gründe vor der Einrichtung von neuen Formen einer solchen Justiz zu warnen. Eine Militärjustiz ist immer eine Sonderjustiz. Sie hat die Fragmentierung des einen und gleichen Rechts zur Konsequenz. In Zeiten der Bundeswehrreform, die auch die Schaffung einer Armee aus freiwilligen Zeit- und Berufssoldaten zur Folge hat, kommt es darauf an, etwaige Prozesse der Herauslösung des Militärs aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang zu verhindern. Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz fordert den Bundestag deshalb auf, alle Bestrebungen, die zur Schaffung einer neuen Militärjustiz führen könnten, einzustellen."

Bremen, 14.12.2011

Zum Hintergrund:

Die Aufhebung der Unrechtsurteile der NS-Militärjustiz fand erst im Jahr 2009 mit dem einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 8. September ihren Abschluss, auch die wegen „Kriegsverrats" verurteilten Wehrmachtangehörigen zu rehabilitieren. Deutsche Kriegsgerichte verurteilten über 30000 Menschen meist wegen „Fahnenflucht" und „Zersetzung der Wehrkraft" zum Tode, von denen rd. 20000 hingerichtet wurden.

Deutschland hat insoweit eine ganz besondere Erfahrung in Bezug auf Militär und Justiz aufzuweisen, die Vergleiche mit anderen Staaten fragwürdig macht und zugleich zu besonderer Sensibilität in dieser Angelegenheit verpflichtet. Die Forderung, eine neue Militärgerichtsbarkeit einzuführen, wird im o.g. Referentenentwurf damit begründet, eine „effektive und zügige Strafverfolgung" aufzubauen. Eine vom Deutschen Bundeswehrverband geförderte Dissertation plädiert für eine „schnelle Fallbearbeitung", die „zur Funktionsfähigkeit der Streitkräfte beitrage" wie zur „Aufrechterhaltung der Disziplin". (K.B. Spring, Brauchen wir in Deutschland eine neue Militärgerichtsbarkeit?, Diss. BuweUni München, Nomos, Baden-Baden 2007, S. 255 ff.) Nur die moderne Sprache unterscheidet dies von der Aufgabenstellung, der sich die Wehrmachtjustiz verschrieb, der „Sicherung der Schlagfertigkeit der Truppe" und der „Aufrechterhaltung der Mannszucht" (Kommentar zum Militärstrafgesetzbuch von Erich Schwinge, 1936, S. 2).

Mehr Infos auf der Website der
„BUNDESVEREINIGUNG OPFER DER NS-MILITÄRJUSTIZ"
http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/

Aus dem Inhalt:

Neonazis als Nachbarn 2

Erstes Fazit des „Keinen Meter" Bündnisses in Münster 5

Der Front National bereitet die Präsidentschaftswahl vor (Teil III) 9

„Lesertreffen" in Pommersfelden

POMMERSFELDEN/KIEL. Der Buchversand „Lesen & Schenken", hinter dem der einschlägig rechte Kieler „Arndt"-Verlag steht, will am letzten März-Wochenende erneut ein „Lesertreffen" im Schlosshotel Weißenstein in Pommersfelden durchführen. Als Referenten sind zu der Tagung, die vom 30. März bis 1. April in Kooperation mit dem „Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e.V." stattfindet, u.a. der FPÖ-Nationalrat Dr. Johannes Hübner und Barnabas Bödecs eingeladen. Letzterer ist Vorstandsmitglied der rechts-gerichteten ungarischen Partei „Jobbik". Erwartet werden auch der Bundesvorsitzende der „Schlesischen Jugend", Fabian Rimbach, zwei geschichtsrevisionistische Publizisten aus Russland sowie Alfred Mechtersheimer. hma ■

Aufarbeitung beim „Alpenverein"

MÜNCHEN. Der „Deutsche Alpenverein" beschäftigt sich in einer Ausstellung mit seiner Rolle vor und während des NS-Regimes. Der Verein, in dem es schon früh eine starke antisemitische Strömung gab, hatte schon in den 1920er Jahren zahlreiche seiner jüdischen Mitglieder ausgeschlossen. Nach der Machtübertragung an die Nazis wurde der Verein zu einem „Organ völkischer und gesamtdeutscher Gesinnung", wie es der „Führer" des „Deutschen Alpenverein", Reichsminister Seyß-Inquart, am 9. Mai 1944 formulierte. Zuvor hatte Adolf Hitler dem Verein zu seinem 75jährigem Bestehen gratuliert und dabei betont, dass der Verein „durch seine Erziehungsaufgabe auch heute zur Erringung des Sieges gegen die Feinde des Reiches" mit beitrage. Die Ausstellung „Berg Heil! Alpenverein und Bergsteigen 1918 – 1945" ist noch bis zum 21. Oktober im Alpinen Museum des DAV München zu sehen.

hma ■

Verhinderte Anzeigen

DÜSSELDORF/BERLIN. Die „Arno-Breker-Gesellschaft" wollte anlässlich des Todestages des ehemaligen NS-Bildhauers am 13. Februar eine Anzeige in der Zeitschrift des Heimatvereins „Düsseldorfer Jonges" aufgeben. Der Vorstand des Vereins lehnte dies jedoch ab. Ebenso den Abdruck eines Textes zur Würdigung des Werks des umstrittenen Künstlers, der 1991 in Düsseldorf verstorben war. Dies kritisierte ein Mitglied des Vorstands der „Arno-Breker-Gesellschaft", der in Teilen Mitglied der „Düsseldorfer Jonges" ist, und verfasste einen Offenen Brief. Der Vorsitzende der „Jonges" in den 1970er Jahren, Hermann-H. Raths, sei ganz anders mit Breker umgegangen und habe diesen zu schätzen gewusst. Der Vorstand der „Jonges" zeigte sich verärgert über den Offenen Brief und beschloß, nicht schon wieder einen Streit um den eng mit dem NS-Regime verstrickten Künstler zu entfachen. Eine Diskussion über Breker gehöre nicht in den Rahmen der „Jonges", so Vorsitzender Detlev Parr. Unterdessen lehnte die „Bild"-Zeitung den Abdruck einer Anzeige der „Dänischen Volkspartei" ab. Diese wollte damit Deutschland für die Einführung strengerer Überwachungsmaßnahmen an der Grenze zu Polen danken. Angereichert werden sollte die Anzeige mit Leserkommentaren von „Bild.de", in denen Zustimmung zu den wieder eingeführten Grenzkontrollen der 2011 abgewählten dänischen Regierung geäußert wurde. Der Anwalt der Zeitung erklärte, der Inhalt der Anzeige verstoße gegen die „Unternehmensgrundsätze" und dürfte darüber hinaus strafrechtlich den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. hma ■

Kandidat der Rechten

BERLIN. Die extreme Rechte jubelt über die Aufstellung Joachim Gaucks zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. „Warum nicht gleich?" fragt die „Nationalzeitung" auf ihrer Titelseite und bezeichnet Gauck als einen Mann, „der Belebung verspricht". „Wir sind Präsident!" heißt es auf der ersten Seite der „Jungen Freiheit", und Chefredakteur Dieter Stein hofft, dass Gaucks „Plädoyer für Vaterlandsliebe und Freiheitswillen" und sein „beispiel-gebender Patriotismus" die „Normalisierung unserer Nation befördern" könnte. Bereits im Januar hatten sich in einer Leserumfrage der „Jungen Freiheit" fast zwei Drittel der über 5000 Teilnehmer für Gauck als neuen Bundespräsidenten ausgesprochen.

hma ■

Debatte um neues NPD-Verbotsverfahren

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will laut Medienberichten auf einer Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz am 22. März „einen Kriterienkatalog für eine neue Beweisführung mit dem Ziel eines NPD-Verbotsantrages" vorlegen. Auf der Innenministerkonferenz Ende Mai soll ein erster Überblick über die Beweislage für einen Verbotsantrag präsentiert werden. Ebenfalls für Mai wird der erste Zwischenbericht der vierköpfigen „Bund-Länder-Regierungskommission Rechtsterrorismus" erwartet, die die Bundesregierung Anfang Februar eingerichtet hat.

Dem Gremium gehören die früheren Innensenatoren Berlins Ehrhart Körting (SPD) und Hamburgs Heino Vahldieck (CDU), der Münchner Strafrechtsexperte Eckhart Müller und der frühere Bundesanwalt am Bundesgerichtshof Bruno Jost an. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) warnte unterdessen vor einem vorschnellen Verbotsverfahren und mahnte, zunächst die Ermittlungsergebnisse abzuwarten (vgl. MuB 1/12, 10/11). www.bmi.bund.de

Quelle: Netzwerk Migration in Europa Newsletter Februar 2012 ■

„Zur Zeit" in neuem Format

ÖSTERREICH. Das „national-freiheitliche" Wochenblatt des FPÖ-MEP Andreas Mölzer stellte mit Jahreswechsel von Groß- auf Magazinformat um. Die Inhalte wurden von dieser Umstellung kaum tangiert. Versuchte das Mölzer-Blatt früher den Eindruck allzu großer FPÖ-Nähe möglichst zu vermeiden, so scheint mit der Umstellung auf das Magazinformat mehr Ehrlichkeit eingezogen zu sein: „Zur Zeit" wirkt mehr denn je als freiheitliches Parteiblatt, was sich etwa in Aufrufen wie jenem des Chefredakteurs Walter Seledec zeigt: „Wir wissen, diese Regierung ist so gut wie am Ende. Also soll er es jetzt versuchen. Das ist der Auftrag an H.-C. Strache. Der blaue Parteichef steht am Anfang eines beispiellosen Siegeszuges. Wir müssen ihn mit aller Kraft unterstützen!" (*Zur Zeit 4/2012, S.4*)

Neues von ganz rechts – Februar 2012, www.doew.at ■

Rechte Straftaten in NRW gestiegen

Im vergangenen Jahr wurden in NRW rund 3015 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund verübt. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Verena Schäffer hervor. In einer Vorbemerkung heißt es, Nordrhein-Westfalen läge nach den absoluten Zahlen in den vergangenen Jahren bei den Gewalttaten im Bereich „politisch motivierte Kriminalität – rechts" im Bundesvergleich an vorderster Stelle.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl rechter Gewaltdelikte in NRW um fast 23 Prozent auf 190 gestiegen. Bundesweit beträgt der Anstieg lediglich 3 Prozent. Innenminister Ralf Jäger (SPD) betonte, er nehme „den Höchststand bei rechtsextremen Gewalttaten in NRW sehr ernst". Insgesamt stieg die Zahl der Körperverletzungen von 132 auf 169 Fälle. In 318 Fällen wurde wegen Volksverhetzung ermittelt. Die häufigste Straftat war mit 1974 Fällen das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen. Es kam außerdem zu 156 Festnahmen rechtsextremer Tatverdächtiger.

Als Hochburgen gewaltbereiter Neonazis in NRW gelten die Städte Dortmund, Aachen, Wuppertal, Hamm, Hagen und Siegen. Schäffer selbst zeigte sich erschrocken und schlussfolgerte: „Die Zahlen belegen, dass sich die Gewaltspirale weiter dreht“.

Newsletter ibs Köln März 2012 ■

Gedenken heißt Ursachen bekämpfen und Gauck nicht wählen

„Die heutige Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nazi-Terrors in Deutschland entbindet die deutsche Regierung keineswegs von ihrer Mitverantwortung für die mindestens 140 Menschen, die aufgrund der Versäumnisse deutscher Behörden in den vergangenen 20 Jahren ermordet wurden.

Es gehört mittlerweile zu einer bedenklichen Tradition in Deutschland, dass der Opfer des deutschen Rassismus in ritualisierter Form gedacht wird, ohne Konsequenzen für das eigene Versagen und die Mitschuld zu ziehen. Deutschland braucht keine Heuchelei, sondern muss die gesellschaftlichen und institutionellen Kontinuitäten des Rassismus und seine Ursachen hinterfragen und wirklich ernsthaft bekämpfen“, erklärt die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Sevim Dagdelen, anlässlich des Staatsaktes zum Gedenken an die Opfer des rassistischen Terrors in Deutschland. Dagdelen weiter:

„Es ist ein Skandal, dass ein Drittel dieser Toten in den offiziellen Statistiken nicht auftauchen und vermutlich ohne die mutige Arbeit engagierter Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in ihren Aktivitäten vom deutschen Behörden kriminalisiert werden, nie ans Tageslicht gekommen wären.

Das heutige Gedenken ist auch eine Gelegenheit für all jene, die die gesellschaftlichen Hintergründe des Rassismus nicht aufdecken und sich von ihrer Mitschuld reinwaschen wollen. Wer aufrichtig gegen Rassismus kämpfen will, der kann nicht zugleich, so wie es die Union, SPD, FDP und Grünen getan haben, jemanden wie Joachim Gauck zum Bundespräsidenten nominieren. Gauck hat den rassistischen und diskriminierenden Thesen des Thilo Sarrazin Mut bescheinigt und sich noch letzten November gegen eine solche Gedenkveranstaltung gewandt. Dass er heute dennoch daran teilnimmt lässt die Frage offen, ob dies nicht lediglich aus opportunistischen Gründen geschah.

Wie aufrichtig ist dieses Gedenken, wenn der Bundespräsidentenkandidat der Regierungs- und zweier sogenannter Oppositionsparteien die westpolnische Grenze als „Unrecht“ definiert und damit gefährlich nah an Positionen der NPD gelangt? Wer aufrichtig und ehrlich gegen Rassismus kämpfen will, muss Verantwortung übernehmen, völlige Aufklärung der Morde gewährleisten und das Unrecht „wiedergutmachen“.

Die Heuchelei und Vertuschung der Rolle der Polizei und der Geheimdienste, unter deren Obhut sich neonazistische Strukturen entfalten konnten muss beendet werden. Faschistische Parteien wie die NPD müssen verboten werden und die V-Leute daher abgezogen werden.“

sevim.dagdelen.ma06@bundestag.de
23.02.2012

Neonazis als Nachbarn

Wurden Rechte im Leipziger Osten angeheuert, um Wohnhaus zu entmieten?

Linkspartei kritisiert Informationspolitik der Eigentümer.

Antifa-Aktionswoche angekündigt

Der Leipziger Stadtteil Reudnitz gilt als sicheres Pflaster für Neonazis. Die NPD hat dort und in den umliegenden Bezirken eine große Stammwählerschaft, bereits in den Jahren 2007 und 2008 wurden alternative Wohn- und Kulturprojekte von Neonazis angegriffen. Nun brodelt es wieder im Leipziger Osten. Kneipen werden verstärkt von rechtem Publikum frequentiert, ein „Thor-Steinar“-Laden wurde eröffnet.

Für Aufsehen sorgen zudem die Vorgänge in einem unsanierten Wohnhaus in der Langen Straße, die Juliane Nagel, Stadträtin der Linkspartei, zusammen mit dem Ladenschluss-Bündnis im Januar öffentlich machte.

In die Hausnummer 15 zog im November 2011 eine Gruppe Rechter in zwei Wohnungen im 3. Stock und im Erdgeschoß. Dabei hatte die SGK-Liegenschaftsverwaltung noch im Spätsommer zwei Mietanfragen mit der Begründung abgelehnt, das Haus, in dem Studenten und junge Familien günstig wohnten, solle leergezogen und saniert werden. Die Liegenschaftsverwaltung ist ein Teil des Immobiliengeflechts Kling Group, in deren Aufsichtsrat die Hauseigentümerin, Rechtsanwältin Nicole Kling, sitzt. Kurz darauf zogen die neuen Mieter ein, die ihren Einstand alles andere als friedlich gaben. Eine Flagge mit der Aufschrift „My blood is my honour, my race is my pride“ wurde gehisst, Beschwerden der Hausbewohner bei Verwaltung und Eigentümerin liefen ins Leere. „Sehr kräftige und durch entsprechende Kleidung offensichtliche Nazis“ seien die neuen Mieter gewesen, berichtete einer der Hausbewohner gegenüber junge Welt. Ihm sei sofort klar gewesen, „dass das nicht auf nette Nachbarschaft hinauslaufen wird.“

In den folgenden Wochen sollte sich das bestätigen. Die Hausbewohner wurden beleidigt und bedroht, bei zwei Partys „kam es zur Zerstörung von Briefkästen und Klingelanlage, ein Fahrrad wurde zertreten, Hitlergrüße vor dem schwullesbischen Projekt Rosalinde zwei Häuser weiter gezeigt“, erinnert sich der Mieter. Ende Dezember sei das Wasser im Haus abgedreht und der Zugang zu der Versorgungsanlage zerstört worden. Es habe regelmäßige Treffen von Neonazis im Erdgeschoss gegeben – die Räume wurden offenbar nicht als Wohnraum, sondern als Treffpunkt genutzt.

Köpfe der Leipziger Neonaziszene wie Tanja Baki, NPD-Stadtratskandidatin und die rechten Hooligans Andreas und Dittmar Sch., auch „Twins“ genannt, seien dort gesehen worden, berichtete Linksparteipolitikerin Nagel.

Obwohl die Polizei vor Ort war, Hausverwaltung und Eigentümerin wiederholt informiert wurden, blieb eine Reaktion aus. Stattdessen wurde die Hausverwaltung an die OZ Immobilien im sächsischen Oschatz übertragen. Dort will man von dem Fall nichts wissen. Die Eigentümerin Nicole Kling sei Anwältin, hieß es auf Anfrage der jungen Welt, man habe von ihr ein Auskunftsverbot gegenüber der Presse erhalten. Wohl nicht grundlos. Der Verdacht, dass das Haus mit Hilfe der Neonazis entmietet werden sollte, liegt nahe und wäre ein Präzedenzfall, der das Image der Kling Group nachhaltig schädigen würde. Nicole Kling habe den Verfassern eines Flugblattes, in dem vor den Neonazis gewarnt wird, sogar eine Abmahnung geschickt, berichtete Nagel. „Ein solch hilfloser Versuch drückt vor allen Dingen Indifferenz und Verantwortungslosigkeit aus.“ Nachdem der Fall öffentlich wurde, ging im Haus ein Schreiben ein, dass den Mietern aus dem Erdgeschoß gekündigt worden sei.

Die Mitbewohner trauen dem Frieden nicht. Es blieben Fragen offen und ein „ungutes Gefühl“. Interessant sei, dass die Wohnungen nie zur Vermietung ausgeschrieben waren und von den Nazis nicht als Wohnraum genutzt wurden. Das könnten Hinweise dafür sein, dass die Rechten wissentlich in das Haus geholt wurden. Das Ladenschluss-Bündnis bereitet derzeit eine Aktionswoche gegen die neonazistischen Aktivitäten im Leipziger Osten vor.

Von Anna Dumange

Mahnmal der Grauen Busse bleibt in Köln/Deutz

Das Denkmal der Grauen Busse steht seit September 2011 vor dem Gebäude des Landschaftsverbandes Rheinland in Deutz

Aufstellung der Grauen Busse vor dem LVR-Rheinland September 2011

Der LVR ist Nachfolger des Provinzialverbandes Rheinland, in dessen Einrichtungen viele der 10000 ermordeten Psychiatriepatientinnen und -patienten aus dem Rheinland während des Nationalsozialismus untergebracht waren und von wo aus viele Menschen mit Hilfe zahlreicher Ärzte und Krankenhäuser im Rahmen des Euthanasie-Programmes der Nazis, der sog. „Aktion T4“, zu den Stätten ihrer Ermordung gebracht wurden. Um daran zu erinnern steht der mobile Teil des von den Künstlern Andres Knitz und Horst Hoheisel konzipierten Denkzeichens der Grauen Busse zurzeit vor dem Landeshaus des LVR. Die Aufstellung des Denkmals in Köln wurde von vielen Seiten begrüßt und das Begleitprogramm in den Einrichtungen des LVR stößt auf großes Interesse.

Die Künstler Horst Hoheisel und Andreas Knitz haben bis jetzt zwei Exemplare dieses Mahnmals geschaffen. Ein Mahnmal steht dauerhaft in einem Eingang des KZ Ravensbrück, ein Mahnmal an wechselnden Orten der Bundesrepublik. Nun hat die Landschaftsversammlung mit Verabschiedung des Haushalts beschlossen, dass ein weiteres Mahnmal der Grauen Busse dauerhaft vor dem LVR stehen bleiben soll. Diesen Beschluss tragen alle Fraktionen der Landschaftsversammlung mit.

Zuvor hatten DIE LINKE mit einem eigenen Antrag und SPD, Grüne und FDP mit einem Antrag den Verbleib des Denkmals gefordert. Die CDU hatte beantragt, die Geschichte der ehemaligen Rheinischen Heilanstalten, in denen NS-Verbrechen verübt wurden, für den Schulunterricht aufzubereiten.

Alle Anträge wurden zu einem gemeinsamen Antrag zusammengeführt und konnten so in den Fachausschüssen einstimmig beschlossen werden. Der Provinzialverband Rheinland ist als ein historischer Ort des erbarmungslosen Euthanasie-Programmes bisher kaum vermittelt. Die dort geschehenen Verbrechen werden erst seit wenigen Jahren auch im Landschaftsverband aufgearbeitet, nachdem das SSK bereits Anfang der siebziger Jahre in mehrfachen Aktionen auf diese Verbrechen hingewiesen hatte und auch in jüngster Zeit verschiedene Proteste auf dieses Defizit hingewiesen haben.

Ulrike Detjen ■

„Die Entschädigung von Opfern des NS-‚Euthanasie‘-Programms ist eine Geschichte des Scheiterns“

bilanziert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (17/8729). Sie fährt fort:

„Vor über einem Jahr hat der Bundestag einmütig die Ausweitung der monatlichen Zahlungen für die Opfer von Zwangssterilisation auf die ‚Euthanasie‘-Opfer beschlossen. Doch das Ergebnis ist bitter: Ganzen drei Personen kommt dies zugute. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die Bundesregierung daran festhält, diese NS-Opfer unterschiedlich zu behandeln.

Sie beschränkt die Anwendung des Bundestagsbeschlusses auf jene wenigen Menschen, die schon in eine der Tötungsanstalten eingeliefert und ihrer Ermordung in letzter Minute entgangen waren. Die Bundesregierung sollte ihre restriktive Begriffsinterpretation aufgeben und anerkennen, dass auch Kinder von ‚Euthanasie‘-Geschädigten erhebliche Traumatisierungen und finanzielle sowie berufliche Nachteile erlitten haben. Die bislang gezahlten Gesamtentschädigungssummen in Form von Einmalzahlungen und monatlichen Leistungen belaufen sich auf rund 70 Millionen Euro.

Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Aufarbeitung der Entschädigungspolitik dringend notwendig ist.

Erstmals 1980 wurde Opfern von Zwangssterilisierung ein Entschädigungsanspruch zugebilligt, den ‚Euthanasie‘-Opfern erst 1988. Insgesamt erhielten 13816 Zwangssterilisierte und 333 ‚Euthanasie‘-Geschädigte Einmalzahlungen. Unterstützung in Form monatlicher Leistungen erhalten gegenwärtig noch 482 Zwangssterilisierte und die erwähnten drei ‚Euthanasie‘-Geschädigten.

Die jahrzehntelange Verweigerung jeglicher Entschädigungen ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass der Wiedergutmachungsausschuss des Bundestages 1961 diese Opfer der Nazipolitik ausgeschlossen hat. Drei der damals angehörten Sachverständigen waren selbst Richter an sogenannten Erbgesundheitsgerichten bzw. haben Menschenversuche durchgeführt. In Schriftstücken des Bundesfinanzministeriums werden diese Naziverbrecher noch heute als „führende Fachleute der Psychiatrie“ bezeichnet. Die Opfer können dies nur als anhaltende Verhöhnung ihres Schicksals begreifen.

DIE LINKE wird parlamentarische Initiativen ergreifen, um auch den mittelbaren Opfern des ‚Euthanasie‘-Programms Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen.“

Die Antwort ist auf meiner Homepage eingestellt.

www.ulla-jelpke.de ■

Nazi-Aufmarsch in Münster

Erstes Fazit des „Keinen Meter“-Bündnisses in Münster

Ein hochaufgerüsteter Polizeiapparat ermöglichte am 3. März durch die hermetische Abriegelung des Stadtteils Rumphorst und massive Gewaltanwendung 300 Nazis die Verbreitung ihrer rassistischen Propaganda gegen den Protest von über 7000 Gegendemonstrant_innen.

Proteste des „Keinen Meter“-Bündnis

Mindestens 7000 Menschen beteiligten sich heute, am 3. März 2012, an den Protesten gegen den Naziaufmarsch.

300 Menschen zogen schon um kurz vor 10:00 Uhr vom Edelbach über das Feld in Richtung der Route des Naziaufmarsches. Die Demonstrierenden hielten sich an den vom Bündnis veröffentlichten Aktionskonsens und verhielten sich nicht eskalierend gegenüber der Polizei. Trotzdem wurde die Blockadegruppe auf dem Feld und dem angrenzenden Wald von Polizeibeamt_innen mit Pfefferspray, Schlagstöcken, Pferden und Hunden angegriffen. Auch später versuchten Gruppen von Demonstrierenden in das hermetisch abgeriegelte Viertel Rumphorst zu gelangen, was auch immer wieder kurzfristig gelang.

Im Rumphorst-Viertel gab es den ganzen Tag über kreative Protestaktionen der Anwohner_innen: Von einer Gospelchorprobe mit 50 Menschen, über lautes Topfschlagen, Transparente und Straßenmalereien bis hin zu immer wieder laut geäußerter Ablehnung direkt an der Nazidemo. Im Hagenfeld und in der Telemannstraße gab es wiederholt kleinere Sitzblockaden, die jedoch unter dem Druck der Polizei leider zu einem symbolischen Protest wurden. Insgesamt setzten die Anwohner_innen trotz der massiven Einschüchterungstaktik der Polizei im Vorfeld und am 3. März ein deutliches Zeichen gegen die Nazis.

Die Polizei hingegen versuchte heute das Viertel unter einen polizeilichen Hausarrest zu stellen: Anwohner_innen konnten sich zeitweise nur noch in ihren Häusern aufhalten und wurden sogar in ihren eigenen Gärten bedrängt. Selbst die Feier eines 90. Geburtstages musste auf Druck der Polizei abgebrochen werden. Die vorab ausgestellten persönlichen Einladungen ins Viertel wurden immer wieder ignoriert.

Aus dem Hansaviertel fuhren am Morgen über 150 Menschen in einem Fahrradkorso zusammen nach Rumphorst, um sich dort den Protesten anzuschließen.

Viele Tausend Menschen protestierten im Tagesverlauf lautstark an den Polizeiabsperrungen, so zum Beispiel an der „Keinen Meter“-Kundgebung am Hohen Heckenweg/Piusallee. Über 1000 Menschen versammelten sich zudem spontan an der Kösliner Straße und übertönten dort die erste Zwischenkundgebung der Nazis. Auch am Westausgang des Bahnhofes Zentrum-Nord protestierten den ganzen Tag über mehrere hundert Menschen. Auf allen Kundgebungen gab es ein Kulturprogramm und Redebeiträge.

Trotz dieses bunten und vielfältigen Protestes, konnte das „Keinen Meter“-Bündnis das Ziel, den Neonaziaufmarsch am 3. März in Münster zu verhindern, nicht erreichen. Ausschlaggebend hierfür war nicht der mangelnde Protestwillen der Gegendemonstrierenden, sondern das inakzeptable Verhalten der Polizei.

Tag von Polizeigewalt überschattet

Schon seit den frühen Morgenstunden war klar, dass die Polizei mit aller Gewalt den Naziaufmarsch durchsetzen wollte.

Wasserwerfer, Räumpanzer und martialisch auftretende Polizeieinheiten waren seit dem frühen Morgen im Rumphorstviertel im Einsatz und riegelten das Gebiet hermetisch ab: Versuche, sich von außen den Absperrungen zu nähern, führten immer wieder zum Einsatz von Knüppeln und Pfefferspray. Ernsthafte Verletzungen von friedlichen Demonstrierenden wurden dabei provoziert oder zumindest billigend in Kauf genommen.

Trauriger Höhepunkt der Polizeigewalt war die lebensgefährliche Verletzung eines Gegendemonstranten, der mit einer Kopfverletzung bewusstlos auf der Intensivstation behandelt werden musste. Im Laufe des Abends stabilisierte sich dessen Zustand glücklicherweise wieder. Hier hätte der Polizeieinsatz fast ein Menschenleben gekostet.

Außerdem wurden in Sprakel anreisende Gegendemonstrant_innen von der Polizei gestoppt und unter Einsatz von Gewalt gezwungen, ihren Zug zu verlassen. Auch bei diesem Polizeieinsatz wurden mehrere Demonstrierende verletzt. Erst nach der Intervention eines Anwalts wurde ihnen die Anreise nach Münster erlaubt. Auch sie wurden in der Ausübung ihres verbrieften Rechts auf Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt.

Mutmaßlich um diese Umstände vor den Augen der kritischen Öffentlichkeit zu verbergen wurde Journalist_innen der Zugang zum Viertel teilweise nicht gewährt, auch die als parlamentarische Beobachterin anwesende Bundestagsabgeordnete Ingrid Remmers wurde an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert: Sie wurde von der Polizei festgenommen, gefesselt abgeführt und für zweieinhalb Stunden inhaftiert. „Was ich heute hier gesehen und erlebt habe ist erschreckend: berechtigter Protest wird kriminalisiert und den Nazis der Weg freigeknüppelt“, stellt Ingrid Remmers rückblickend auf ihrer Webseite fest.

Demonstration gegen Polizeigewalt massiv behindert

Am frühen Abend demonstrierten deswegen 400 Menschen als Reaktion auf das skandalöse Verhalten der Polizei ab Hauptbahnhof gegen Polizeigewalt. Im Gegensatz zum vom Polizeipräsidenten Wimber so hoch gehaltenen Demonstrationsrecht der Nazis wurde dieser

Fortsetzung Seite 6

Beim Spiel St. Pauli : Bochum am 12.2.2012 (2:1), Quelle: antifa-duesseldorf.de

Sächsische Demokratie in Münster

Gefesselt abgeführt und für 2,5 Stunden inhaftiert wurde die LINKE Bundestagsabgeordnete Ingrid Remmers bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch am 3.3.2012 in Münster. „Ich wollte als parlamentarische Beobachterin deeskalierend bei der Festnahme eines Gegendemonstranten vermitteln, als ich mich plötzlich selber dem tätlichen Angriff einer Polizistin ausgesetzt sah," kommentiert Ingrid Remmers anschließend.

„Ich wurde durch die Polizei massiv in der Ausübung meiner parlamentarischen Tätigkeit behindert. Ich wurde tätlich angegangen und nun werde auch noch ich angezeigt. Angeblich hätte ich versucht nach einer Polizeibeamtin zu schlagen," so die Bundestagsabgeordnete. „War die nordrhein-westfälische Polizei in letzter Zeit auf einem Demokratie-Lehrgang in Sachsen? Was ich heute hier gesehen und erlebt habe ist erschreckend: berechtigter Protest wird kriminalisiert und den Nazis der Weg freigeknüppelt." Neonazis hatten im Norden der Stadt zu einem Aufmarsch aufgerufen. Die Polizei riegelte dafür ein ganzes Wohngebiet hermetisch ab. Den Protest von Nazigegnern wollte man ausschließlich in beträchtlicher Entfernung zulassen.

Die Bundestagsabgeordnete hatte sich am Samstag zusammen mit ca. 500 Gegendemonstranten bei einer durch den VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) angemeldeten Kundgebung eingefunden. Einige der Demonstranten versuchten über ein nahe gelegenes Feld näher an die Demonstrationsroute der Nazis zu gelangen. Dabei wurde ein Demonstrant durch die Polizei zu Fall gebracht und festgenommen. „Die Beamten hielten den jungen Mann mit dem Knie im Nacken auf dem Boden," berichtet Remmers. Daraufhin eilte sie über das Feld und wollte als parlamentarische Beobachterin dahingehend auf die anwesenden Polizeibeamten einwirken, dass die Verhältnismäßigkeit beim Einsatz der Mittel gewahrt bleibt.

„In meiner Funktion als parlamentarische Beobachterin habe ich das Gespräch mit der mir gegenüber stehenden Polizeibeamtin gesucht. Aus heiterem Himmel wurde ich durch die Beamtin brutal weg gestoßen," erklärt Remmers. In der Folge wurde die Bundestagsabgeordnete gefesselt abgeführt, durchsucht und zum Polizeipräsidium gebracht. Dort wurde sie weiter erkennungsdienstlich behandelt. „Ich musste mich nackt ausziehen und wurde darauf vorbereitet in eine Zelle gebracht zu werden," erzählt MdB Remmers. Erst im letzten Augenblick setzte man sie auf Druck des Polizeipräsidenten wieder auf freien Fuß.

Nach Auskunft der anwesenden Beamten sei „die Sache" damit aber nicht erledigt: „da kommt noch was." „Das ist vollkommen absurd. Ich habe der Polizeibeamtin mehrfach erklärt, dass mir einzig daran gelegen sei, dass die Situation nicht eskaliert. Sie war es, die mich körperlich angegriffen hat. Und nun wird mir vorgeworfen nach der Polizeibeamtin geschlagen zu haben."

3. März 2012
http://www.ingridremmers.de ■

Fortsetzung von Seite 5

Demonstration die angemeldete Route ohne Not verwehrt.

Dass die Einsatzleitung ausgerechnet die Polizeieinheit, die in Verdacht steht, für die schwere Verletzung der in die Klinik eingelieferten Person verantwortlich zu sein, auf der Demonstration einsetzte, empfanden die Teilnehmer_innen als klare Provokation. Zusätzlich versuchte die Polizei durch das Begleiten im Spalier die Außenwirkung des Protestes einzuschränken. Entsprechend laut und deutlich äußerten die Demonstrierenden ihre Wut und ihr Unverständnis.

Fazit

„Wir sind beeindruckt von dem Protestwillen der Gegendemonstrant_innen in Münster und von außerhalb. Trotz der massiven Schikanen der Polizei protestierten sie weiter entschlossen gegen den Naziaufmarsch in Münster. Die große Zahl an Teilnehmenden aus unterschiedlichsten Spektren mindert die Enttäuschung über den stattgefundenen Naziaufmarsch etwas", so Carsten Peters, Sprecher des „Keinen Meter"-Bündnis'.

Vom Bündnis werden in den nächsten Tagen noch detailliertere Auswertungen folgen. Fest steht für uns schon jetzt, dass der skandalöse Einsatz der Polizei nicht ohne Folgen bleiben darf. Unser Dank gilt allen, die heute couragiert gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung auf der Straße waren. Wir wünschen den Verletzten alles Gute.

Keinen Meter den Nazis, 3.3.2012 ■

Bundeswehr-Amtshilfe auf dem Vormarsch

„Die Bundeswehr hat ihre ‚Amtshilfe'-Offensive auch im vergangenen Jahr fortgesetzt und sich als innenpolitischer Akteur etabliert. Insgesamt 68 Mal leistete sie Amtshilfe im Sinne von Artikel 35 Absatz 1 des Grundgesetzes", erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, unter Berufung auf die Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfragen. Jelpke zufolge steht allerdings weniger als ein Drittel dieser Maßnahmen tatsächlich in Zusammenhang mit Hilfsmaßnahmen bei Naturkatastrophen oder Unglücksfällen. Jelpke weiter:

„Seit Jahren steigt die Inlands-Aktivität der Bundeswehr rasant an. Im Jahr 1999 war die Bundeswehr gerade mal zu einer Amtshilfemaßnahme ausgerückt, 2010 erreichten derlei Maßnahmen mit 71 Einsätzen ihren bisherigen Höhepunkt.

Von den 68 Einsätzen des vergangenen Jahres sind höchstens 22 als Hilfeleistungen bei Katastrophen- oder Unglücksfällen zu werten. Bei der Mehrzahl handelt es sich um Dienstleistungen für andere Behörden, häufig für die Polizei: Sowohl anlässlich von Demonstrationen, wie etwa dem Castor-Transport, als auch bei der Absicherung von Großereignissen wie dem Papst-Besuch stellt die Bundeswehr Unterkünfte und Verpflegung bereit. … Die zunehmende Kooperation zwischen Polizei und Bundeswehr entspringt keinen Sachzwängen, sondern ist offenkundig Ausdruck einer politischen Strategie, das Militär als innenpolitischen Akteur zu etablieren.

Zur Amtshilfe gesellen sich noch 21 Unterstützungsmaßnahmen, meist für zivile Vereine, etwa die Stellung von Helfern bei Sportveranstaltungen. Hier scheint sich das Militär als Freund und Helfer darstellen zu wollen.

Es drängt sich die Frage nach den Kapazitäten des zivilen Katastrophenschutzes auf: Wenn schon ein Brand von 200 Autoreifen, wie im April 2011 in der Nähe von Kalkar, die zivile Feuerwehr überfordert und diese die Bundeswehr rufen muss, dann ist das ein deutliches Zeichen, dass der zivile Katastrophenschutz zu schlecht ausgestattet ist. Offensichtlich sind die Prioritäten beim Schutz der Bevölkerung falsch gesetzt."

(die Zahlen basieren auf einer Auswertung von insgesamt vier Quartalsanfragen, die auf Anfrage gern zugesandt werden)

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE.■

Totalitarismustheorie im Steuerrecht

Nachdem der Vorsitzende des Nazivolksgerichtshofs Roland Freisler einem alliierten Kollateralschaden zum Opfer fiel – man hätte ihn später vielleicht noch gebrauchen können – konnte nach dem Krieg seine Witwe eine Hinterbliebenenpension beantragen. Diese wurde ihr gewährt.

Bei der Berechnung der Höhe der Pension gingen die Entscheidungsfinder realistisch davon aus, dass der Justizmörder Freisler in der BRD eine steile Karriere gemacht hätte. Also bekam die Witwe Freisler die höchstmögliche Hinterbliebenenpension, die für Nazimörderhinterbliebene vorgesehen war.

Genauso realistisch, wie man bei der Entschädigung der Nazitäter vorging, handelte man bei der Entschädigung der Naziopfer:

Kommunistische Widerstandskämpfer, die jahrelang eingekerkert waren und trotz dieser Erziehungsmaßnahme – sofern sie überlebten – noch immer ihrer Überzeugung anhingen, konnten alsbald ihre früheren Richter aus der Nazizeit wieder im Gerichtssaal begrüßen. Die befanden über Entschädigung für erlittene Haft und Rentenansprüche. Wie sie befanden, ist den Leserinnen und Lesern dieser Zeitschrift bekannt.

Einige Kommunisten und andere Naziopfer konnten eine Verfolgtenrente erstreiten. Renten, wenn sie eine gewisse Höhe überschreiten, müssen versteuert werden.

Nun gibt es in 2012 für diese Personengruppe – die ist aus Altersgründen sehr überschaubar und insofern wieder einmal nicht haushaltsrelevant – und ihre Hinterbliebenen eine neue Regelung. Und jetzt wird es amtlich: „An Verfolgte im Sinne des § 1 Bundesentschädigungsgesetz (BEG) gezahlte Altersrenten und Erwerbsminderungsrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sind steuerfrei nach § 3 Nr. 8a EstG. Diese Steuerfreiheit gilt rückwirkend in allen noch offenen Steuerfällen (§ 52 Abs. 4a Satz 1 EstG)."

Es folgen in dem Text noch Zugangsvoraussetzungen, die aber in diesem Zusammenhang nicht wichtig sind. Das ist zunächst für die wenigen Betroffenen erfreulich.

Weniger erfreulich ist allerdings, in welchen Zusammenhang die Regelung gestellt wird. Jetzt wird es wieder amtlich:

„Wiedergutmachungsrenten

Geldrenten, Kapitalentschädigungen und Leistungen im Heilverfahren, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gewährt werden, sind nach § 3 Nr. 8 EstG steuerfrei. Dazu zählen zum Beispiel Renten nach dem Entschädigtenrentengesetz."

Da eine Wiedergutmachung nicht nur bei einer Bevölkerungsgruppe stehen bleiben kann, wie zum Beispiel der Sinti und Roma, der Zeugen Jehovas, der Homosexuellen, der sogenannten Asozialen, der Behinderten, der Ghettoüberlebenden (s. AN 4-2012, S. 4), werden im selben Gesetz weitere Verfolgte genannt, die mit guter PR demnächst alle Bundespräsident werden könnten:

„Auch Geldrenten zur Wiedergutmachung erlittenen DDR-Unrechts sind steuerfrei. So ist die genannte SED-Opferrente nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes in voller Höhe steuerfrei (§ 3 Nr. 23 EstG)"

So ist „Rot gleich Braun" nun auch in der Steuergesetzgebung angekommen.

d.h. ■

Neonazis wollen gegen Europa hetzen

Am 24. März 2012 wollen Neonazis in Frankfurt (Oder) an der deutsch-polnischen Grenze aufmarschieren. Die Stadtverordneten haben in einem einstimmigen Beschluss Protest angekündigt und zeigen auch Verständnis für „zivilen Ungehorsam".

Die von einem Berliner Neonazi angemeldete Demonstration wird von der NPD sowie der Kameradschaft Freundeskreis Nord-Brandenburg organisiert. Als Redner ist der wegen Volksverhetzung vorbestrafte NPD-Vize Udo Pastörs aus Mecklenburg-Vorpommern angekündigt. Die Polizei erwartet zu dem Marsch etwa einhundert Teilnehmende.

Das Bündnis „Kein Ort für Nazis" ruft zum Protest auf. „Menschenverachtendes Gedankengut darf nicht auf die Straßen Frankfurts getragen werden", heißt es in einem Aufruf, in dem angekündigt wird, den Marsch zu verhindern.

Der Zusammenschluss, dem zahlreiche Vereine, Gewerkschaften sowie Studierende der Europa-Universität angehören, hatte sich im vorherigen Herbst gebildet, als das verbotene Netzwerk Blood & Honour eine Demo angemeldet hatte, die dann jedoch vom Polizeipräsidium untersagt wurde. Zuletzt waren Neonazis vor fünf Jahren, am 27. Januar 2007, durch Frankfurt (Oder) marschiert.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Februar nahmen die Verordneten einstimmig eine Erklärung an, in der sie Protest gegen die Neonazi-Demo ankündigen und dabei deutliche Sympathie für den Aufruf des zivilgesellschaftlichen Bündnisses zeigen. „Gemeinsam mit dem Bündnis Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder) und der Plattform gegen Rechts, getragen von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren der Städte Frankfurt (Oder) und Słubice und des Landes Brandenburg sowohl aus Kirchen, Gewerkschaften, Initiativen, Vereinen als auch Antifa-Gruppen, wollen wir am 24. März den Neonaziaufmarsch mit friedlichen Mitteln verhindern." Inzwischen hat die NPD weitere Demonstrationen angekündigt: am 31. März in Brandenburg an der Havel und am 12. Mai in Cottbus.

23.2.2012
www.aktionsbuendnis-brandenburg.de
■

Wie fett sind die Unsterblichen?

Die Unsterblichen haben es mit ihren „spontanen" Aufmärschen und Internet-Videos in die großen Medien geschafft. Doch welchen Einfluss hat diese Neonazi-Truppe in der Bewegung? Und ist das alles wirklich neu?

Zweifelsohne haben die Unsterblichen mit ihren Videos in den vergangenen Monaten neue qualitative Maßstäbe gesetzt was Neonazi-Propaganda angeht. Angefangen mit den Aufnahmen von ihren gespenstischen Fackelzügen durch ostdeutsche Kleinstädte bis hin zu ihrem bisherigen „Meisterwerk" – ein Video, das auf einem Song der Band Madsen aufbaut. Beim Konstanzer Fasnachtsumzug marschierten zudem Neonazis, die angeblich zu den Unsterblichen gehören, unerkannt mit im Zug, berichten Medien.

Die Wirkung nach außen ist enorm, unter anderem Spiegel TV berichtete ausführlich über die Unsterblichen. Einige Fragen bleiben dabei allerdings außen vor: Was bringt es den Neonazis eigentlich, wenn sie gar nicht erkannt werden? Und welche Bedeutung haben die Unsterblichen innerhalb der Bewegung? Fakt ist: Zwischen den Milieus gibt es viele Grabenkämpfe, von einer einheitlichen Nazi-Szene kann keine Rede sein. Auch die Unsterblichen lieferten sich interne Streitigkeiten. Zudem wird zwischen den Bewegungseliten auch diskutiert, wie weit die Aneignung von feindlicher Symbolik und Musik gehen kann und darf, denn was bleibt dann eigentlich noch von der eigenen, rechtsextremen Identität?

Ein Beispiel für solche Streitereien sind die „Autonomen Nationalisten" aus Dortmund, in der Bewegung als „Zecken" verlacht, viele von ihnen haben die Gesichter voller Piercings, wilde Frisuren, Baggy-Pants. Ein Graus für viele Altgedienten in der Bewegung, die zwar anerkennen müssen, dass die ANs neuen Schwung gebracht haben, aber auch die rechtsextremen Codes zu sprengen drohen.

Dennoch hat sich der AN-Style in der Bewegung durchgesetzt, besonders auf Demos. Zwar gibt es regionale Unterschiede, aber flächendeckend tauchen schwarze Blöcke bei NS-Aufmärschen auf. Erstmals fiel der großen Öffentlichkeit am 1. Mai 2008 diese neue Aktionsform auf, als in Hamburg Hunderte Neonazis im AN-Style an einer rechtsextremen Demo teilnahmen. Der Verfassungsschutz hatte bei diesem Thema tief und fest geschlafen, angeblich gebe es rund 200 ANs bundesweit, meinten die Geheimdienstler damals, dummerweise waren es an diesem Tag allein in Hamburg locker 500. Experten wie Andreas Speit weisen zudem darauf hin, dass es dieses Style auch schon zuvor gab, nur von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen worden war.

Das heißt: Allein das Phänomen der ANs können wir nun bereits seit locker einem halben Jahrzehnt beobachten, dazu kommen Videoprojekte wie „Volksfront Medien", die ebenfalls um 2008 herum Maßstäbe setzten. Die Aneignung von linker Symbolik gehörte hier schon längst zum Repertoire der Neonazis, auch auf Demos wurden bereits Songs von linken Bands gespielt. Die Neonazis nutzen also seit Jahren die Aktionsformen, die sozialen Bewegungen zur Verfügung stehen – und dazu gehören eben auch angeblich „spontane Demos" – wobei es ausgeschlossen ist, dass diese Demos spontan waren, dafür waren diese viel zu stringent inszeniert.

Aber auch diese Idee ist nicht neu: Neonazis hatten bereits im Jahr 2009 versucht, Flashmobs zu organisieren – mit wenig Erfolg: Unter dem Stichwort „Hessmob09" sollten sich beispielsweise Verehrer des Nazi-Führers angeblich in über 100 Orten versammeln, doch es blieb bei vereinzelten Auftritten von Kleingruppen.

Auf der anderen Seite dürften die Aktionen der Unsterblichen bei den Teilnehmern einen bleibenden Eindruck hinterlassen – und das Gemeinschaftsgefühl stärken, hier wirken die Aktionen definitiv auch nach innen. Ob aber viele Neonazi-Zellen in der Lage sind, ähnliche Aktionen, vor allem in dieser Größenordnung, auf die Beine zu stellen, darf bezweifelt werden.

„Längere Entwicklung"

Fabian Wichmann von Exit sagte im Interview mit Mut gegen rechte Gewalt, man sehe bei den Aktionen und Videos der Unsterblichen das Ergebnis einer längeren Entwicklung über verschiedene Gruppen hinweg, sich immer wieder selbst umbauend und nach Propaganda- und Präsenzlinien suchend. Die Inszenierungen seien „gekonnt und modern, zumindest für die reichlich vorhandenen Empfangsbereiten. Da waren rationale Leute am Werk."

Man sollte die Nazis nicht unterschätzen, denn sie meines es ernst, schrieb Andrej Reisin in seinem weitsichtigen und tiefgründigen Artikel "Nazi sein als Lebensgefühl", daher ist öffentliche Aufklärung über neue Aktionsformen der Neonazis absolut notwendig. Dennoch müssen sich Journalisten immer auch fragen, ob man den Nazis nicht auf den Leim geht. Das bedeutet in der Konsequenz nicht, gar nicht zu berichten, sondern immer die Frage zu berücksichtigen, welche Bedeutung einzelne Gruppen und Aktionen wirklich haben, Zauberwort Relevanz. Das Ziel der Neonazis ist klar, sie wollen sich ein modernes Image verpassen, diese Strategie ist aufgegangen. Die Erkenntnis, dass es auch intelligente Nazis gibt, ist aber allein noch keine Geschichte.

Patrick Gensing ■

Razzia gegen die „Unsterblichen"

Bei 17 Personen, deren Personalien bei einem Aufmarsch der „Unsterbliche" im November 2011 in Hamburg-Harburg festgestellt wurden, wurden am 2.3.2012 in Hamburg und Niedersachsen Razzien durchgeführt. Beschlagnahmt wurden „waffenähnliche Gegenstände", Schreckschusswaffen, Nazi-Propaganda in verschiedener Form.

Die durchsuchten Wohnungen gehörten bekannten Neonazis, die unter anderem bei der in Hamburg erstarkten „Weiße Wölfe Terrorcrew" organisiert sind. Sie stammen aus den Hamburger Stadtteilen Eißendorf, Wandsbek sowie den niedersächsischen Randgemeinden Neu Wulmstorf, Tostedt, Buchholz, Schneverdingen und Wistedt. Drei weitere kommen aus Coppenbrügge, Tarmstedt, Hannover und Lilienthal. Die „Unsterblichen" haben angekündigt, sich an einer für den 2. Juni 2012 geplanten Nazi-Demo beteiligen zu wollen, zum sog. „Tag der deutschen Zukunft". *H.A./h.d.* ■

Frankreich: Der Front National bereitet die Präsidentschaftswahl vor (Teil III)

Schlägerangriffe von möglichen Anhängern auf ein Politikerpaar und Zitate Jean-Marie Le Pens von Robert Brasillach sowie Mussolini sorgen unterdessen für einigen Misskredit. Die aktuelle Parteiführung setzt unterdessen auf ein eigenes "Wirtschaftsprogramm„. Nun hat Marine Le Pen jedoch einen gewichtigen linken Widersacher gefunden.

Wird die rechtsextreme Kandidatin Marine Le Pen bei der bevorstehenden französischen Präsidentschaftswahl von Ende April und Anfang Mai dieses Jahres dabei sein? Am Vormittag des 29. Februar 12 kündigte sie jedenfalls gegenüber der Presse an, „natürlich, zum Glück" sei sie dabei, sich der Anzahl von 500 Unterstützungsunterschriften gewählter Mandatsträger „zu nähern". Mindestens 500 solche „Patenschaften" von Bürgermeistern, Regional- oder nationalen Parlamentariern oder Europaparlamentsabgeordneten sind erforderlich, um als Präsidentschaftskandidat oder -kandidatin antreten zu können. (Es gibt in Frankreich insgesamt 36000 Kommunen und damit Bürgermeister, und alles in allem rund 45000 Unterschriftsberechtigte im Vorfeld einer Präsidentschaftswahl.)

Ihr Vater Jean-Marie Le Pen hatte in der Vorwoche beim Fernsehsender i-Télé angedeutet, dass die Partei die Hürde wohl nehmen werde, nachdem sie wochenlang ihre Schwierigkeiten beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften öffentlich verkündet hatte. Auf die Frage, ob die ganze Aufregung „*wieder bei 510 oder 530 Unterschriften enden*" werde, antwortete Le Pen senior mit „*Glücklicherweise, ja*".

Am Abend des 1. März 2012 veröffentlichte Marine Le Pen nun erstmals die (angebliche) Zahl der von ihrer Partei gesammelten Unterstützungsunterschriften: Diese liegt bei 452. Und sie schlug erneut Alarm, bzw. gab laut eigener Formulierung einen „Hilferuf an die Bürgermeister" ab. Zu dem Zeitpunkt hatte die Partei noch zwei Wochen Zeit, die Unterschriften auf den dafür vorgesehenen speziellen Formularen zu sammeln: Die amtlichen Formulare wurden den Bürgermeistern und sonstigen Mandatsträgern ab dem 22. Februar zugestellt, und nunmehr läuft die Frist noch bis zum 16. März 12, um die ausgefüllten Formulare beim Verfassungsgericht einzureichen. Alles, was vor dem 22.2.2012 gesammelt wurde, waren nur „Versprechen" (bei denen Rückzieher jederzeit möglich sind), aber noch nicht die definitiven amtlichen Unterschriften. Am 1. März war, bezogen auf die Periode der Sammlung der amtlichen Formulare, also noch nicht einmal „Halbzeit".

Kritiker und politische Konkurrenten behaupteten und behaupten jedoch, es handele sich bei den öffentlich in Szene gesetzten Schwierigkeiten des FN um „Bluff", welcher überwiegend darauf ziele, Aufmerksamkeit zu erregen. Genährt wurde dieser Vorwurf (der notwendig spekulativ bleibt) in der Vorwoche noch durch einen Versprecher von FN-Vizepräsident Louis Aliot: Er sagte am Abend des 21. Februar im Fernsehsender BFM TV, seine Partei habe „510" Unterschriften – zum damaligen Zeitpunkt handelte es sich freilich um Versprechen – woraufhin er sich rapide auf „410" korrigierte. Am Nachmittag desselben Tages, des 21. Februar 12, hatte der französische Verfassungsgericht – am Vorabend der Versendung der amtlichen Formulare – eine Verfassungsbeschwerde von Marine Le Pen abgelehnt. Diese hatte beantragt, dass in Zukunft Präsidentschaftskandidaturen weiterhin 500 „Patenschaften" unter den Mandatsträgern haben sollen, die Namen der „Paten" aber nicht veröffentlicht werden sollen. Und sie hatte behauptet, das Gesetz von 1976 – das vorsieht, die Namen der „Paten" in den Räumen des Verfassungsgerichts auszuhängen – sei an diesem Punkt verfassungswidrig. Ihre Beschwerde wurde Anfang Februar 12 für zulässig erklärt und verhandelt, dann aber in der Sache abgelehnt. Daraufhin hatte eine Prominenten in Gestalt von Brigitte Bardot einen Brief an alle Bürgermeister Frankreichs verschickt, um diese aufzufordern, ihre Unterschrift für eine Kandidatur(möglichkeit) Marine Le Pens zu leisten. Die alternde Schauspielerin und Tierschützerin ist seit längerem dafür bekannt, dass sie ausgesprochen „rechte" Auffassungen kultiviert, und heiratete 1992 in vierter Ehe einen Parteiaktivisten des FN: den Industriellen Bernard d'Ormale. (Hingegen wird von den „Paten" unter den Mandatsträgern nicht unbedingt gefordert, dass sie auch inhaltliche Überzeugungen mit den Kandidat-inn-en teilen, deren Bewerbung bei der Präsidentschaftswahl ermöglichen. Tatsächlich unterzeichnen manche von ihnen nur, „um das pluralistische Funktionieren der Demokratie zu ermöglichen".)

Aber falls Marine Le Pen je nicht zur Präsidentschaftswahl antreten könnte – was im Augenblick noch als unwahrscheinlich gelten sollte -, dann hätte dies unter anderem noch eine weitere wichtige Konsequenz für den FN: Die Partei hätte dann keinerlei Anspruch auf Wahlkampfkosten-Rückerstattung. Aus diesem Grund sind bislang auch die Banken eher zurückhaltend dabei, der rechtsextremen Partei Kredite zu erteilen, da ihnen deren Rückzahlung nicht hinreichend garantiert erscheint. Deswegen wiederum sah sich der Front National in jüngster Zeit gezwungen (so wird jedenfalls am 28. Februar 12 auf der Webseite der Tageszeitung ‚Le Figaro' behauptet), „aus Geldmangel einige Wahlveranstaltungen abzusagen". Nach dem 16. März, und im Falle einer Kandidatur Marine Le Pens, dürfte sich dies allerdings noch ändern.

Keine Wahlempfehlung zwischen den Hauptkandidaten

Am 29. Februar 12 verkündete die Chefin des Front National (FN) ebenfalls, wenn sie an der Wahl teilnahmen aber dann – entgegen ihrer Erwartungen – nicht in die Stichwahl am 6. Mai einziehen könne, dann werde sie „keinerlei Wahlempfehlung" für einen der beiden Bestplatzierten abgeben. Denn Nicolas Sarkozy und François Hollande seien in politischer Hinsicht „siamesische Zwillinge".

Nächtliche Attacke auf Politikerpaar

Nur Minuten später musste Marine Le Pen sich dann jedoch aus anderen Gründen öffentlich rechtfertigen: In der Nacht vom 28. zum 29. Februar 2012 (zunächst auf Twitter) und in den frühen Morgenstunden des letzten Februartags wurde bekannt, dass am Vorabend im 15. Pariser Bezirk ein Angriff auf einen Politprominenten und seine Freundin erfolgt war. Es handelte sich um den sozialdemokratischen Politiker Arnaud Montebourg und seine Lebensgefährtin, die karibikfranzösische Journalistin Audrey Pulvar. Beide waren am Vorabend durch eine Gruppe von 15 Personen verbal attackiert worden, die bei ihrem Anblick angeblich „Juden, Juden, Juden" (auf deutsch) ausriefen. Auch wurden aus der Gruppe heraus zwei Gläser in ihre Richtung geworfen, wobei allerdings Augenzeugen von einem wenig zielgerichteten Wurf sprechen. Die mutmaßlichen Rechtsextremen riefen ersten Berichten zufolge Parolen und Sprüche wie „Jean-Marie Le Pen hat uns eine Erlaubnis zur Jagd auf Juden ab Mitternacht gegeben", „Frankreich den Franzosen" und „Le Pen, Präsident" – letzterer Slogan stammt eher aus der Zeit, als der Vater bis im Januar 2011 Parteivorsitzender war. Wahr-

scheinlich steht der Angriff im Zusammenhang mit einem Auflauf rechtsextremer Fußballhooligans, die sich am selben Abend zum „Gedenken“ an einen rechtsradikalen Hooligankumpanen versammelt hatten – er war 2004 nach einem Angriff auf Fans eines israelischen Fußballclubs durch einen schwarzen Polizisten, wohl in Notwehr (Nothilfe), erschossen worden.

Marine Le Pen antwortete auf Fragen von Journalisten dazu: „Normalerweise bin ich es, die Opfer von Angriffen werde.“ Ansonsten solle „die Polizei ihre Arbeit tun“. Einstweilen sei nicht erwiesen, dass „diese Leute“ etwas mit ihrer Partei zu tun hätten. Unterdessen hat Marine Le Pen in der Zwischenzeit Strafanzeige gegen Arnaud Montebourg wegen „übler Nachrede“ erstattet, weil dieser den FN jedenfalls insofern mit dem Angriff in Verbindung gebracht hatte, als er ihm das „Schüren eines rassistischen Klimas“ vorwarf. Und ihr Vater Jean-Marie Le Pen seinerseits erstattete Anzeige gegen Unbekannt. Und zwar gegen „die Provokateure“, die sich – wohl fälschlich – als angebliche Sympathisanten der Partei ausgäben, „und gegen jene, die ihre Parolen aufgreifen und wiedergeben“ (also das angegriffene Politikerpaar).

Jean-Marie Le Pen hat in jüngerer Vergangenheit bereits auf andere Weise der von ihr so bezeichneten Strategie der „Entdiabolisierung“ seiner Tochter Steine in den Weg gelegt. Der langjährige Chef des FN, von seiner Gründung im Oktober 1972 bis vor gut einem Jahr, glaubt nicht besonders an diese Strategie – ihm zufolge droht sie dazu zu führen, dass die Partei langweilig und verwechselbar werde. Auf dem zweitägigen „Präsidentschaftskandidat“ des FN am 18. und 19. Februar in Lille tanzte der 83jährige deswegen einmal mehr aus der Reihe und zog einige Aufmerksamkeit auf sich, indem er Verse des antisemitischen Schriftstellers Robert Brasillach zitierte. Jener war im Februar 1945 als Nazikollaborateur standrechtlich erschossen worden. Als Jean-Marie Le Pen daraufhin vielfach aufgefordert wurde, sich zu distanzieren, rechtfertigte er sich in einem Interview im „Tagebuch des JMLP“ – einer Videoserie auf der Webseite des FN – unter anderem unter Rückgriff auf ein Zitat von Benito Mussolini.

Pseudo-antikapitalistische Demagogie...

Die Tochter hingegen griff bei der Großveranstaltung in Lille verbal den „Eurofaschismus“ heftig an. Allerdings meinte sie nicht – wie staunende Beobachter auf den ersten Blick hätten glauben können – das grenzübergreifende Bündnis rechtsextremer Kräfte, als sie diesen Begriff benutzte. Etwa ihre Kontakte zu österreichischen Burschenschaftern, in deren Milieu sich zahllose Neonazis und Holocaustleugner tummeln; Marine Le Pen war erst Ende Januar in Wien bei ihrem jährlichen „WKR-Ball“ zu Gast gewesen. Vielmehr meinte sie die supranationalen Institutionen der EU, deren Opfer heute Griechenland sei und morgen Frankreich zu werden drohe.

Auch vermeintlich antikapitalistische Phraseologie bemühte Marine Le Pen bei ihrem Auftritt in Lille, und stand damit in gewisser Weise in der Traditionslinie ihres Vaters, unter dem der FN nach dem Ende des Kalten Krieges zu Anfang der neunziger Jahren einen stark sozialdemagogisch unterlegten Kurs eingeschlagen hatte – im Glauben, nach dem „Tod des Marxismus“ sei man nunmehr die neue und einzige „Fundamentalopposition“.

So malte Marine Le Pen ein finsteres Bild des linken Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon, Vertreter eines Bündnisses aus französischer KP und einer Linksabspaltung der Sozialdemokratie – als Arbeiterverräter. Von ihm solle man nicht erwarten, er werde „die Arbeiterschaft und die französische Industrie retten“. Vielmehr sei es „absolut voraussehbar, dass er im zweiten Wahlgang“ der Präsidentschaftswahlen dazu aufrufen werde, für den sozialdemokratischen Kandidaten „François Hollande zu stimmen“. Danach werde er „als Minister in einer Linksregierung enden, die am Schluss (…) auf die Arbeiter schießen lässt, die sich weigern, ein Schicksal wie die griechischen Arbeiter zu akzeptieren.“

... und Beschwören ländlich-konserativer Idylle

Szenenwechsel: Am Sonntag, den 26. Februar 2012 trat Marine Le Pen nicht in einer historisch als „rot“ geltenden Region auf wie in Lille, sondern hielt eine Großkundgebung in der beschaulichen Provinzstadt Châteauroux ab. Und hier klang ihre Rede ganz anders. „Ich liebe das ländliche und das dörfliche Frankreich.“ Und: „Die französische Seele ist zutiefst bäuerlich. Unsere Landschaften sind Räume einer unerhörten Reichhaltigkeit, wo Frankreich mit dem Besten, was seine Kultur zu bieten hat, fortlebt.“ Neben dieser rhetorischen Beschwörung des ländlichen Raums trug Marine Le Pen ein paar konkrete Vorschläge vor, wie sie auch von anderen politischen Kräften geteilt werden: eine Absage an den Kahlschlag bei „nicht rentablen“ öffentlichen Dienstleistungen, keine Schließung von Postämtern und Schulen. Alles in allem setzte sie hier auf eine traditionelle und eher konservative Wählerschaft. Ihr wird die Bedrohung ihrer vermeintlichen Idylle durch Zuwanderung, Kriminalität und durch den beschworenen Niedergang Frankreichs ausgemalt.

Diese chamäleonhafte Wandlung des Auftretens, je nach Zusammensetzung des Publikums, ist bei der extremen Rechten grundsätzlich nichts Neues. Es gibt keine innere Logik, keine Kohärenz ihres Diskurses – bis auf ein unwandelbares Element, nämlich den Anspruch, die „Eigenen“ gegen die Fremden, und die Nation gegen ihre Feinde zu verteidigen. Alles Andere im Diskurs und in der Programmatik der extremen Rechten kann an konkrete Bedürfnisse des Publikums angepasst werden.

Roter Faden „Wirtschaftsprogrammatik“

Als roter Faden in ihrem Präsidentschaftswahlkampf dienen Marine Le Pen in diesem Jahr jedoch besonders wirtschafts- und sozialpolitische Thematiken, die vor allem unter dem Blickwinkel der Abwehr gegen die „Abwanderung der französischen Industrie ins Ausland“ präsentiert werden. Auch diese Strategie hat der FN bereits in den 1990er Jahren unter ihrem Vater erprobt, wobei die rechte „Globalisierungskritik“ damals noch wesentlich stärker mit verschwörungstheoretischen und offen antisemitischen Inhalten durchsetzt war. Diese erkennbar braunen Spitzen hat Marine Le Pen in ihrer Argumentation abgeschnitten, jedoch das Grundmuster beibehalten – wobei sie unter die Argumentation der extremen Rechten eine größere Anzahl von Plagiaten aus Texten von linken oder keynesianistischen Autoren untermixt.

Zum ersten Mal allerdings wird die extreme Rechte in ihrer Argumentation auf diesem Gebiet inzwischen so ernst genommen, dass bürgerliche Politiker und Wirtschaftsprofessoren ihr antworten, um die „Unseriosität“ der Lösungsvorschläge Marine Le Pens zu belegen. Alle Versprechen – wie die Erhöhung aller niedrigen Löhne um 200 Euro pro Monat – möchte diese einerseits durch die „Beendigung der Einwanderung“ und die Rückkehr von Arbeitsmigranten in ihre Herkunftsländer finanzieren, zum Zweiten durch die Abkehr vom Euro und drittens durch Sondersteuern auf alle Importprodukte. Letzteres, so verspricht sie zugleich, soll „ohne Preissteigerungen“ für die konsumierenden Franzosen von sich gehen.

Daran macht sich die harsche Kritik von bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern fest, die akribisch nachzuweisen versuchen, dass diese Rechnung nicht aufgehe. Marine Le Pen macht sich dies wiederum oft zunutze, um umso stärker zu betonen, sie sei „die Kandidatin gegen das System und die Eliten“. Bei einem Auftritt im Abendprogramm des zweiten Fernsehkanals ‚France 2‘ – zur besten Sendezeit – am Abend des 23. Februar 2012 wurde Marine Le Pen etwa durch den Wirtschaftswissenschaftler François Lenglet scharf angegangen. Ihm gegenüber sah sie zeitweilig relativ alt, da nicht hinreichend kompetent, aus. Dagegen war die Debatte mit dem bürgerlich-patriotischen Ideologen Henri Guaino, der als einer von mehreren Redenschreibern Nicolas Sarkozys tätig ist, ein Genuss für

Baden Württemberg: Abschaffung der Residenzpflicht

Die grün-rote baden-württembergische Landesregierung hat Mitte Februar eine Verordnung zur Lockerung der sogenannten Residenzpflicht beschlossen.

Asylsuchende dürfen sich künftig im gesamten Bundesland frei bewegen. Damit folgt Baden-Württemberg dem Beispiel Brandenburgs und Berlins, die die Residenzpflicht bereits 2010 abgeschafft haben (vgl. MuB 10/09). Dort habe sich die neue Regelung bewährt.

Die Ausländerbehörden hätten fast keines der befürchteten Probleme wie verstärktes Untertauchen, Straftaten oder verzögerte Asylverfahren mangels Erreichbarkeit gemeldet, erklärte eine Sprecherin der brandenburgischen Landesregierung. Ausgenommen von den Lockerungen werden Asylbewerber, die „erheblich gegen asylverfahrensrechtliche Mitwirkungspflichten verstoßen“ haben oder die „eine Straftat begangen haben“ oder dessen verdächtig sind.

www.baden-wuerttemberg.de

Quelle: Netzwerk Migration in Europa Newsletter Februar 2012 ■

Mit Asylzahlen die Öffentlichkeit alarmieren

In einem Leserbrief an die Nürnberger Nachrichten schreibt Günther Wagner (amnesty) zu den vom Sozialministerium Bayern und dem BAMF veröffentlichten Asylzahlen: „Es ist unglaublich, wie Sozialministerin Haderthauer und Asylbundesamt (BAMF) mit ausgesuchten Asylzahlen die Öffentlichkeit alarmieren und die NN bringen die passenden Überschriften wie „Erneut mehr Asylbewerber“ und „8000 werden 2012 in Bayern erwartet“.

Im Dezember in den NN „massiver Zuwachs“, als 2011 gerade mal die Erstanträge um 10,7% (um 4409 auf 45741 Flüchtlinge) stiegen. Zwischen 1995 und 2003 lagen die Erstanträge zwischen rd. 128000 und 51000.

Da stiegen im Januar 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat die Erstanträge um 21,9%, dann wird bereits in Kaffeesatzleserei vom BAMF, so Haderthauer, hochgerechnet, dass Bayern von „gut 7000“ in 2011 heuer mit „bis zu 8700“ Asylbewerbern rechnet, also Steigerung um 24%. Wer die Januarzahl für die Öffentlichkeit derart unverantwortlich aufs Jahr hochrechnet spielt mit dem Feuer und betreibt das Geschäft der Rechtspopulisten und Nazis.

Im November 2011 z. B. hetzte die NPD gegen Flüchtlingsaufnahme in Dresden. Ebenfalls mit einer Flugblattkampagne macht derzeit Rechtsterrorist Martin Wiese in Landshut Stimmung gegen eine geplante Asylberwerberunterkunft. Als im Januar in Leinburg/Gersdorf Asylbewerber einzogen waren viele Hetzstimmen im Netz.

Asylbewerber aus den Hauptherkunftsländern Irak und Afghanistan wurden 2011 vom BAMF Schutzquoten von 53,7% bzw. 34,3% zugesprochen. Laut Bundestagsdrucksache wurden zudem 2010 nur 36% der über 23 000 Klagen gegen Asylentscheidungen abgelehnt, bei Afghanen waren es nur 13,9%, 41,8% wurden anerkannt, 44,3% bekamen häufig nach Klagerücknahmen die Zusage eines Schutzstatus. Laut Bundestag lebten 1997 noch über eine Million Asylsuchender und Flüchtlinge in Deutschland, Ende 2011 waren es noch 400 000. Warum bringt die Presse nicht diese Zahlen?

Quelle: Guewa611@aol.com ■

BILDUNG [S] LOS!

Grenzenlos bedingungslos auch für Flüchtlinge!

Bildung und Arbeit sind die Grundsteine für eine erfolgreiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, zur Entwicklung einer kritischen Meinung, sowie um einen produktiven Beitrag für ein solidarisches Miteinander leisten zu können. Umso wichtiger ist es, dass alle Menschen in einer Gesellschaft einen grenzenlosen und bedingungslosen Zugang zu Bildung und Arbeit haben.

Vielen jungen Flüchtlingen wird genau das nach wie vor verwehrt. Neben der allgemeinen Chancenungleichheit für Migranten und andere marginalisierte Gruppen im Bildungssystem besteht für junge Flüchtlinge in Deutschland ein zusätzliches Problem, wenn sie ihren Bildungsweg erfolgreich beschreiten wollen: Durch Ihren Aufenthaltsstatus entstehen verschiedene rechtliche Hürden, die bis zu dem Punkt reichen können, dass Ausbildungs- und Studienverbote ausgesprochen werden. Neben dem Ausschluss von Sprachkursförderungen, BAB und BAföG ergeben sich aus dem Aufenthaltsstatus auch indirekte Diskriminierungen. So ist durch die Wohnsitzauflage und die Residenzpflicht der räumliche Zugang zu Bildungseinrichtungen erschwert. Der unsichere Aufenthaltsstatus wirkt oft wie ein faktisches Ausbildungsverbot und auch die Isolation, Enge und der Lärm in abgelegenen Flüchtlingslagern wirken massiv einschränkend. Studium, Aus- und Weiterbildung scheitern häufig an diesen Hürden. Benachteiligt sind sowohl Menschen ohne eine Aufenthaltserlaubnis (Asylbewerber und Geduldete), als auch Menschen mit Aufenthaltserlaubnis aus bestimmten humanitären Gründen. In Deutschland leben gegenwärtig rund 170000 Menschen mit einer Aufenthaltsgestattung, Duldung oder einer sogenannten Grenzübertrittsbescheinigung. Angesichts dieser alarmierenden Situation wollen wir nicht länger tatenlos zusehen. Nach insgesamt einjähriger Evaluation der Problemlagen und Vorbereitungsarbeit wollen wir uns als junge Flüchtlinge nun an die Zivilgesellschaft und vor allem an die politischen Akteure wenden, um neben der Beendigung der Bildungs- und Arbeitsdiskriminierung auch Chancengleichheit und Gleichberechtigung für alle Menschen in Deutschland zu fordern und Rassismus in allen Formen zu bekämpfen.

Wir, Jugendliche ohne Grenzen (JoG), möchten im Rahmen einer bundesweiten Kampagne auf die Benachteiligung und Ausgrenzung junger Flüchtlinge in unserem Bildungssystem hinweisen und zur gleichberechtigten Teilhabe aufrufen. Wir fordern „BILDUNG[S]LOS! Grenzenlos Bedingungslos auch für Flüchtlinge!“.

Start der Kampagne wird die 1. JOG-Bildungskonferenz am 8. und 9. März 2012, parallel zur Kultusministerkonferenz, in Berlin sein.

Quelle: www.jogspace.net 16. Februar 2012 ■

Kiel: Konferenz der Landes-

Fortsetzung von Seite 10

die rechtsextreme Politikerin: Guaino betonte einige gemeinsame Werte, um dann jedoch seinen Kandidaten (Sarkozy) als die moderate, vernünftige und effiziente Alternative und Marine Le Pen als die radikale Ausgabe darzustellen. Mit ihm hatte Marine Le Pen leichtes Spiel, indem sie an die in jeglicher Hinsicht eher klägliche Bilanz Sarkozys erinnerte. Ins Schwitzen kam sie jedoch gegenüber dem linksreformistischen Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon, der für ein gemeinsamen Wahlbündnis der französischen KP und einer Linksabspaltung von der Sozialdemokratie antritt. Dieser griff sie inhaltlich scharf an, während Marine Le Pen jegliche Debatte mit dem (laut ihren Worten) „öffentlichen Beleidiger“ verweigerte und ihm in der Sendung demonstrativ den Rücken zuwandte – während Mélenchon weiter argumentierte. Auf der Webseite der Boulevardzeitung ‚Le Parisien’ wurden daraufhin LeserInnen befragt, „wer die Debatte gewonnen“ habe, „Le Pen oder Mélenchon“. Obwohl auch die Bezieher/innen der täglichen Newsletter des FN alsbald dazu aufgefordert wurden, ihr Online-Votum dazu abzugeben, fiel das Ergebnis mit über 91 % zugunsten Jean-Luc Mélenchons sehr deutlich aus.

Bernard Schmid, Paris ■

flüchtlingsräte

• Flüchtlingsräte fordern die Erweiterung einer bis jetzt unzureichenden Bleiberechtsregelung für Jugendliche zu einer effizienten stichtagsungebundenen Regelung für alle Flüchtlinge.

• Mit Blick auf die Lage in Syrien wird die Aufkündigung des deutsch-syrischen Rücknahmeabkommens gefordert.

• Die Flüchtlingsräte fordern ultimativ ein Ende des seit Jahren gegen die Mitglieder der Hildesheimer Flüchtlingsfamilie Salame vollstreckten Verwaltungsrassismus.

Anlässlich ihrer zweitägigen Konferenz im Kieler Rathaus am 23. und 24. Februar stellen die Flüchtlingsräte aller Bundesländer dringende politische Handlungsbedarfe zum Schutz von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Deutschland fest.

• Die am 1. Juli 2011 in Kraft getretenen Bleiberechtsregelung für 15 bis 20 jährige Flüchtlingsjugendliche und ihre Eltern ist nach Auffassung der Flüchtlingsräte weitgehend ins Leere gelaufen. „2000 Flüchtlinge müssten nach unseren Berechnungen bundesweit ein Bleiberecht beanspruchen können, gerade mal 225 haben es erhalten“, kritisierte Martin Link vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Nur drei Flüchtlinge sind es in Schleswig-Holstein. Offenkundig hat diese Regelung die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt.

Als Gründe für das weitgehende Scheitern der Regelung hat die Konferenz der Flüchtlingsräte u.a. die mangelhafte Informierung der Betroffenen ausgemacht.

„Ausländerbehörden haben auch eine Beratungspflicht. Wir fordern, dass die begünstigten Flüchtlinge von Amts wegen auf die neue Rechtslage hingewiesen werden“, so Link. Darüber hinaus würden Probleme der Passbeschaffung sowie kleinmütige Ausschlusstatbestände die Erteilung eines Aufenthaltsrechts verhindern. „Die Bleiberechtsregelung für Jugendliche ist alles andere als ein großer Wurf. Die Problematik der Kettenduldung wird damit nicht nennenswert entschärft.“ Die Flüchtlingsräte fordern stattdessen eine allgemeine Regelung ohne Stichtag für alle Flüchtlinge mit einem Aufenthalt von mehr als fünf Jahren.

• Vor dem Hintergrund des brutalen Vorgehens der syrischen Sicherheitskräfte gegen Oppositionelle fordern die Flüchtlingsräte die umgehende Aufkündigung des Rücknahmeabkommens zwischen der Bundesrepublik und der syrischen Regierung sowie die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für alle in Deutschland lebenden Flüchtlinge aus Syrien. Es ist skandalös, dass der eskalierende Konflikt in Syrien die Bundesregierung zwar veranlasst hat, den Botschafter zurückzurufen und die diplomatischen Beziehungen zu unterbrechen. Er hat aber offenkundig bislang nicht zur Aufkündigung des Vertrags geführt, der die Kollaboration deutscher Behörden mit den syrischen Verfolgungsbehörden bei der Abschiebung von Flüchtlingen regelt.

• Ein besonderes Augenmerk richtete die Versammlung auf den Fall der Familie Siala/Salame aus Hildesheim, die vor sieben Jahren durch Abschiebung in die Türkei getrennt wurde. Die Flüchtlingsräte appellieren an die niedersächsische Landesregierung, Gazale Salame und ihren beiden Kindern endlich eine Rückkehr zu ihrer Familie nach Hildesheim zu ermöglichen. Der Fall ist ein besonders eklatantes Beispiel für die amtlich betriebene Zerstörung von Flüchtlingsfamilien und die Verweigerung eines Aufenthaltsrechts für faktische Inländer.

Zweimal jährlich treffen sich Delegierte der Flüchtlingsräte an wechselnden Orten und konferieren über aktuelle flüchtlingspolitische Bedarfe und verabreden gemeinsame Strategien bei Kampagnen und Lobbyarbeit.

Der schleswig-holsteinische Landesflüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt und der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig begrüßten die Delegierten. Der Leiter der Ausländerabteilung im Kieler Justizministerium Norbert Scharbach referierte den aktuellen Stand bzgl. der von der schleswig-holsteinischen Landesregierung angestoßenen gesetzlichen Aufenthaltsregelung langjährig geduldeter Flüchtlinge. Landesdatenschutzbeauftragter Thilo Weicher diskutierte mit den Flüchtlingsräten bestehende Risiken bei der Nutzung des sozialen Netzwerks Facebook in der web-gestützen Flüchtlingssolidaritätsarbeit.

gez. Martin Link, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V für die Kieler Konferenz der Landesflüchtlingsräte
Quelle: Presseerklärung Konferenz der Landesflüchtlingsräte Kiel, www.fluechtlingsraete.de
24.2.2012 ■

Rassistischen Konsens brechen – Dessauer Verhältnisse angreifen!

Eigentlich stellt sich die Situation in Dessau sodar wie sie in einer mittelgroßen, ostdeutschen Stadt zu erwarten ist: Tief in der Bevölkerung verankerter Rassismus und Nationalismus, eine zwar kleine und intellektuell bemitleidenswerte, aber organisierte Neonaziszene mit fließendem Übergang zu rechtslastiger Jugendkultur, homophobem Mackergehabe, Stammtischnazis und einem rechtsdominierten Fußballverein, ein NPD-Stadtrat, überforderte Behörden, rassistische Polizeibeamte, einige gutwillige „Zivilgesellschafter“, viele „Extremismus“-Bekämpfer, ein paar Student_innen, ein „Ausländer“-Anteil von knapp 2 %, eine kommerzialisierte, „alternative“ Kulturszene und eine marginalisierte, radikale Linke. So weit, so schlecht. Und zweifelsfrei genug Grund für eine Demo. Einige Ereignisse der letzten 12 Jahre allerdings sorgten auch bundesweit dafür, dass sich die Stadt an Mulde und Elbe ihr bejammertes Image redlich verdient hat. Neonazigewalt bis hin zum Mord an Alberto Adriano im Juni 2000, seither fast jährlich Aufmärsche, Polizeiskandale (Stichwort Staatsschutz-Skandal), rassistische Polizeikontrollen und natürlich der immer noch ungeklärte Tod von Oury Jalloh in Zelle 5 des Polizeireviers am 7. Januar 2005. In den letzten Wochen nun hat sich die Lage für all jene noch einmal verschärft, die sich den Dessauer Zuständen nicht völlig ergeben oder wegen ihrer Hautfarbe gar keine Chance zur Konversion haben. Die Demonstration zum siebenten Todestag von Oury Jalloh am 7. Januar wurde von der Polizei durch einen Strategiewechsel für eine skandalöse Gewalteskalation genutzt. Angeblich sei die Parole „Oury Jalloh – das war Mord!“ strafbar, weshalb das Zeigen entsprechender Transparente unterbunden werden müsse, so die durchsichtige Begründung. Zehn Tage später dann soll ein Nichtweißer einen Weißen – ausgerechnet Spieler des rechtslastigen Fußballvereins ASG Vorwärts Dessau – niedergestochen haben, weil dieser sich in einen vermeintlichen Raub eingemischt hätte. Was folgte waren zwei Demonstrationen mit bis zu 400 Teilnehmer_innen, bei denen sich unter Sprechchören wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ und „Hier marschiert der nationale Widerstand“ klare Neonazis mit rechten Hools, Stammtischrassist_innen und sich ihres Rassismus‘ nicht einmal bewussten Wutbürgern mischten. Auch das Ordnungsamt der Stadt als Versammlungsbehörde hatte kein Problem mit den Anmeldern, die beide als rechts bekannt sind, und machte sich auf diese Weise zum Erfüllungsgehilfen des rassistischen Mobs. Die in Dessau ohnehin schon gefährliche Situation für Menschen mit „Migrationshintergrund“, soziale Randgruppen, alternative Jugendliche oder politisch aktive Antirassist_Innen und Antifaschist_Innen hat sich durch die rassistische Eintracht aus Bürger_Innen, Nazis, der Stadt und der Polizei noch einmal deutlich verschärft. Angesichts dieser neuen Dimension des rassistischen Normalzustandes ist eine klare, antifaschistische und antirassistische Intervention in der Stadt von Bauhaus und Zyklon B bitter nötig. Zeigen wir, dass wir solche Verhältnisse nicht widerspruchslos hinnehmen! Ob in Dessau, Plauen, Velbert oder sonstwo! Auch wenn dies nur ein Anfang sein kann: kommt am 25. Februar zur überregionalen, antirassistischen Demonstration nach Dessau! Den rassistischen Konsens brechen – Dessauer Verhältnisse angreifen! Oury Jalloh

– das war Mord!

Quelle: http://dessauerverhaeltnisse.blogsport.de
9. Februar 2012 ■

Bleiberecht für die Familie Ismailov/a

An: Bundestag in Deutschland

Familie Ismailov/a lebt seit fast 10 Jahren in Deutschland – nun droht ihnen die Abschiebung. Nurjana Ismailova (21) und ihr Bruder Nuradil (19) sprechen akzentfreies deutsch, haben hier die Schule besucht und ihren Schulabschluss (Realschule und Hauptschule) erworben. In Deutschland haben sie zahlreiche FreundInnen gefunden und Niedersachsen ist ihr neues Zuhause geworden. Nun sollen Sie mit ihren Eltern nach Dagestan (Russland) – laut BBC der gefährlichste Ort in Europa (www.bbc.co.uk/news/magazine-15824831).

Wir fordern ein Bleiberecht für die Familie und einen sofortigen Stopp der Abschiebepläne. Macht mit und unterzeichnet die Petition!

Begründung: Familie Ismailov/a lebt seit fast 10 Jahren in Deutschland – nun droht ihnen die Abschiebung. Nurjana Ismailova (21) und ihr Bruder Nuradil (19) sind seit Jahren ehrenamtlich in der Flüchtlingsjugendorganisation „Jugendliche Ohne Grenzen“ (JOG) aktiv, helfen neuankommenden Flüchtlingen mit Übersetzungen und Orientierungshilfen und sind nicht nur von den Mitgliedern von JOG, sondern auch von deren Kooperationspartnern wie dem Bundesfachverband UMF sehr geschätzt. Beide sprechen akzentfreies deutsch, haben hier die Schule besucht und ihren Schulabschluss (Realschule und Hauptschule) erworben. In Deutschland haben sie zahlreiche FreundInnen gefunden und Niedersachsen ist ihr neues Zuhause geworden. Zu Ihrem Herkunftsland Dagestan haben sie keinerlei Bindung mehr. In Deutschland könnten sie problemlos eine Ausbildung beginnen und sich ins Arbeitsleben integrieren aber dies wird ihnen von der Ausländerbehörde verboten. Auch ihre Eltern würden angesichts des breiten UntersützerInnen-Netzwerks sofort eine Arbeit finden, wenn ihnen eine Erlaubnis dafür gegeben würde.

Die Geschwister werden nicht aufgrund von Straftaten ausgewiesen (§54 AufenthG). Hintergrund ist, dass Nurjana und Nuradil immer nur geduldet (§ 60a AufenthG) wurde, da ihr Asylantrag abgelehnt wurde – jetzt ist die Abschiebung nur vollziehbar geworden.

Eine Abschiebung würde nicht nur den Verlust ihrer Freunde und ihres kompletten sozialen Lebens bedeuten, Dagestan ist ein gefährlicher Ort – laut BBC der gefährlichste in Europa. Bombenanschläge, Schusswechsel zwischen Armee und Rebellen, Folter und willkürliche Verhaftungen sind an der Tagesordnung.

Wir bitten Sie daher der Familie Ismailov/a endlich eine Lebensperspektive in ihrem Zuhause in Deutschland zu gewähren und eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

Gleichzeitig bitten wir darum umgehend eine Arbeitserlaubnis für alle Familienmitglieder zu erteilen um Nurjana und Nuradil zu ermöglichen ihren Bildungsweg fortzusetzen und eine Ausbildung zu beginnen.

Im Namen aller Unterzeichner.

Hildesheim, 24.01.2012 (aktiv bis 23.03.2012)

http://openpetition.de/petition/online/bleiberecht-fuer-die-familie-ismailov-a

Jugendliche Ohne Grenzen aus Hildesheim ■

Effektiver Flüchtlingsschutz muss auch auf Hoher See garantiert werden

Der Europäische Gerichtshof hat Italien wegen der Zurückweisung von Flüchtlingen aus Libyen zu einer Geldstrafe verurteilt. „Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat mit diesem wegweisenden Urteil eine Bresche in die Festung Europa geschlagen“. So Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE. Ulla Jelpke weiter

„Die Hohe See ist kein rechtsfreier Raum, und schutzsuchenden Flüchtlingen stehen auf europäischen Schiffen die gleichen Rechte zu wie innerhalb der EU. Flüchtlinge, die von Schiffen europäischer Staaten aufgegriffen werden, stehen unter dem Schutz der Europäischen Menschenrechtskonvention. Ihr Schutzgesuch muss geprüft werden. Gegen eine Ablehnung muss es wirksamen Rechtsschutz geben.

Aus diesem Urteil müssen sich Konsequenzen für die Tätigkeit der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX ergeben. In der FRONTEX-Verordnung muss klargestellt werden, dass Asylsuchenden auf Hoher See die Einreise in die EU ermöglicht werden muss, um jede Verletzung ihrer Rechte auf Schutz vor unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und auf effektiven Rechtsschutz zu vermeiden. Solange diese Klarstellung nicht erfolgt ist muss die Bundespolizei aus sämtlichen FRONTEX-Aktivitäten zurückgezogen werden.“

Berlin, den 23. Februar 2012
Ulla Jelpke ■

Der Opfer gedenken und Rassismus bekämpfen!

Gemeinsame Erklärung von „Mach meinen Kumpel nicht an!“, PRO ASYL und Interkulturellem Rat zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus

Am 23.2.2012 wird mit einem Staatsakt in Berlin den Opfern der rechtsextremen Terrorzelle „NSU“ gedacht. Sie gehören zu den über 150 Opfern rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt seit 1990.

Der Verein „Mach‘ meinen Kumpel nicht an!“, der Interkulturelle Rat und PRO ASYL begrüßen, dass an diese Opfer erinnert wird. Sie rufen deshalb auch zur Beteiligung an der von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden initiierten Schweigeminute für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt am Donnerstag, den 23. Februar 2012, um 12.00 Uhr auf.

Wir dürfen bei dem Gedenken an die Opfer aber nicht stehen bleiben. Ablehnende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Juden, Muslimen, Schwarzen, Roma, Menschen mit Migrationsgeschichte und anderen Minderheiten sind auch in der Mitte der Gesellschaft verbreitet. Dieser „Alltagsrassismus“ führt zu Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche und auf der Straße und bestärkt gewaltbereite Rassisten in ihrem Tun.

Der Verein „Mach‘ meinen Kumpel nicht an“, der Interkulturelle Rat und PRO ASYL rufen deshalb in einer gemeinsamen Erklärung dazu auf, sich aktiv gegen Rassismus und Diskriminierung zu stellen. Sie regen an, sich während der **Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 12. bis 25. März** durch Aktionen mit den Gegnern und Opfern von Rassismus zu solidarisieren. Möglich seien Diskussionsveranstaltungen mit politisch Verantwortlichen, Stadtteilfeste, Menschenketten und Gedenkveranstaltungen an Orten, die zur Zielscheibe rassistischer Gewalt geworden sind oder Solidaritätsaktionen mit Flüchtlingen und Geduldeten. Empfohlen wird auch, sich an der Aktion „5 vor 12“ zu beteiligen, mit der die Türkische Gemeinde in Deutschland dazu aufruft, am 21. März – dem Internationalen Tag gegen Rassismus – in Schulen, Betrieben und der Öffentlichkeit viele Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen 26.3. – 5.4.2012

In den Osterferien – Du kannst dabei sein

Mit Jugendlichenaus 9 Ländern

Wir pflegen bauliche Reste, gestalten den Erinnerungsweg zu den ehemaligen Lagern, sprechen mit Überlebenden der Nazi-Verfolgung, mit heute von Asylpolitik Betroffenen und mit Neonazi-Gegner_innen. Wir arbeiten im Archiv, mit Werkzeug und Kamera und machen Musik. Die Umgebung von Bergen-Belsen mit dem größten von den Nazis angelegten Truppenübungsplatz und Nazis heute werden ebenso Thema sein wie die Geschichte von Bergen-Belsen. Du kannst in der Atmosphäre des alternativen „Bunten Hauses Celle“ mit Flüchtlingen über ihre Erfahrungen sprechen und Transparente malen. Wenn du mindestens 15 – 26 Jahre alt bist, kannst du dich allein oder mit mehreren zum Workcamp anmelden. Das Internationale Jugendworkcamp ist ein gemeinsames Angebot christlicher und gewerkschaftlicher Jugendverbände.

Termin: 26.3. bis 5. April 2012

Ort: Anne Frank Haus Oldau, Gedenkstätte Bergen Belsen, Buntes Haus Celle

Teilnahmebetrag: 90,– Euro

Infos und Anmeldung bei:
DGB-Jugend Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Infos und Anmeldungen ab sofort bei/ an:

DGB-Jugend Niedersachsen-Bremen
T. 0511-12601-61
birgit.alexander@dgb.de
H-D Charly Braun
Otto-Brenner-Str.7
30159 Hannover

Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen 2011
Foto: M. Mühlhaus

Von der Bundesregierung erwarten die Herausgeber der Erklärung, dass sie die Zivilgesellschaft in diesem Engagement unterstützt und sich ihrer eigenen Verantwortung stellt. Als Beispiele für fortbestehende ausgrenzende Strukturen in der Gesetzgebung verweisen sie auf die Isolierung von Schutzsuchenden in Sammellagern, auf ihre Diskriminierung durch das sogenannte „Asylbewerberleistungsgesetz“ sowie auf Einschränkungen beim Familiennachzug und beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Solche Ausgrenzungen von Flüchtlingen und Migranten bestärken all jene, die über „zu viele Ausländer“ in Deutschland klagen.

Die Bundesregierung, so der Interkulturelle Rat, PRO ASYL und der Verein „Mach‘ meinen Kumpel nicht an“ abschließend, muss sich glaubhaft gegen Rassismus engagieren. Voraussetzung dafür ist eine Politik, die sich nicht an der Herkunft, dem Aufenthaltsstaus oder der Nationalität orientiert, sondern an der Unteilbarkeit der Menschenrechte und dem Recht, in Deutschland frei von Diskriminierung und rassistischer Gewalt leben zu können.

Quelle: Pressemeldung „Mach‘ meinen Kumpel nicht an!“, des Interkulturellen Rates und von PRO ASYL ■

Veranstaltungen am 15. April 2012 in Buchenwald

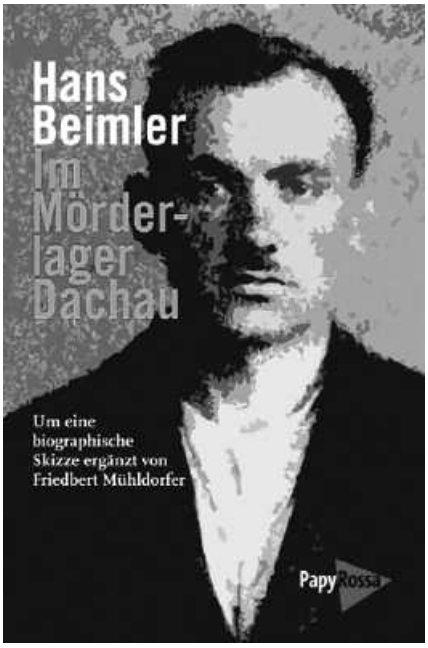
10.30 Uhr 3. Treffen der Nachkommen von Überlebenden, Familienangehörigen und Freunden der Buchenwalder Ort: Kinosaal Zudem werden geführte Rundgänge, die insbesondere die Perspektive der ehemaligen Häftlinge des Lagers nachzeichnen, durch AntifaschistInnen angeboten.

13.00 Uhr Gedenkveranstaltung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos zum 67. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald Ort: auf dem ehemaligen Appellplatz

Anschließend: Gedenkgang zum Glockenturm

Hans Beimler
Im Mörderlager Dachau

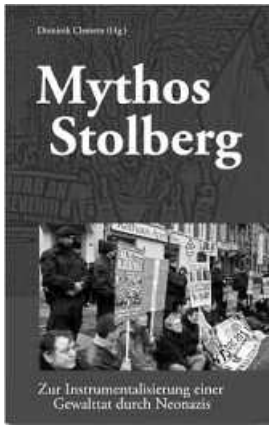
Herausgegeben, kommentiert und um eine biographische Skizze ergänzt von Friedbert Mühldorfer



Kurz nach seiner abenteuerlichen Flucht aus dem Konzentrationslager Dachau im Mai 1933 schrieb der schwer gefolterte bayerische Kommunist und Reichstagsabgeordnete Hans Beimler nieder, was er dort hatte erleben müssen. Die Veröffentlichung war eine Sensation und wurde in mehrere Sprachen übersetzt, in internationalen Zeitungen zitiert – und in Deutschland illegal verbreitet. Hans Beimler wollte mit seinem Bericht zum Widerstand gegen die Nazidiktatur in Deutschland und im Ausland aufrufen. Er selbst leistete zunächst illegale Arbeit von Frankreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz aus, bevor er mit den ersten Freiwilligen nach Spanien ging, um dort mit den Internationalen Brigaden gegen Franco zu kämpfen. Am 1. Dezember 1936 fiel Hans Beimler vor Madrid. Erstmals in der Bundesrepublik erscheint sein Erlebnisbericht in der Originalfassung, ergänzt um Fotos und Dokumente sowie um Anmerkungen zu Entstehungsgeschichte und zeitgeschichtlichen Hintergründen. Außerdem wird von Friedbert Mühldorfer in einer umfangreichen biographischen Skizze der Lebensweg des Antifaschisten Beimler nachgezeichnet.

Zum Herausgeber: Friedbert Mühldorfer, *1951. Lehrer an einem Münchner Gymnasium und Historiker, seit 1975 Mitarbeit in der VVN/BdA, Landesverband Bayern. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, Geschichte der Arbeiterbewegung, Nachkriegsgeschichte.
http://www.papyrossa.de/sites_buchtitel/beimler_moerderlager.htm
195 Seiten, mit 30 s/w-Abb.
Neue Kleine Bibliothek 172. EUR 12,90. ISBN 978-3-89438-480-7
Erschienen im November 2011

Das Büchlein gegen die Aufmärsche!



Stolberg (Städteregion Aachen) im April 2008:
Bei einer tragischen Auseinandersetzung wird ein 19jähriger Berufsschüler erstochen. Nur wenige Stunden später marschieren in der „Kupferstadt“ Anhänger von NPD und „Freien Kameradschaften“ auf. Sie verklären den Totschlag propagandistisch zu einem Mord aus „Deutschenfeindlichkeit“ und nutzen die Migrationsbiographie des Täters, um aggressiv Hass gegen Migrantinnen und Migranten zu schüren. Bis zu 800 Neonazis zieht es seither zu diesem braunen Spektakel alljährlich im April nach Stolberg. Längst haben die rassistischen Aufmärsche für die Neonaziszene eine Bedeutung weit über die Region Aachen hinaus erlangt. In journalistischen und wissenschaftlichen Beiträgen werden die Entstehung des „Mythos Stolberg“, Geschichte und Gegenwart der lokalen extremen Rechten und die Funktion von Aufmärschen für die Neonaziszene thematisiert und schließlich mögliche Strategien gegen den braunen Spuk zur Diskussion gestellt.
Mit Beiträgen von Maria Blomquist, Michael Klarmann, Thomas Müller, Stephan Otten, Michael Trube, Ralf Woelk, Fabian Virchow und Peter Zimmermann.
Dominik Clemens (Hg.)
Mythos Stolberg
Zur Instrumentalisierung einer Gewalttat durch Neonazis
Paperback, 124 Seiten, 15 Abbildungen11,90 €, ISBN: 978-3-848-200-825
Erscheinungsdatum: Februar 2012
Erhältlich im Buchhandel oder porto-frei bestellen unter
mythos-stolberg@gmx.de
Rabatte für Wiederverkäufer, Konditionen auf Anfrage

Dominik Clemens (Jg. 1979) studierte Politische Wissenschaft, Soziologie und Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der RWTH Aachen. Zuletzt zum Thema ist von ihm der gemeinsam mit Ri-chard Gebhardt herausgegebene Band „Volksge-meinschaft statt Kapitalismus? Zur sozialen De-magogie der Neonazis“ (Köln 2009) erschienen.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart,
Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die stark verschwörungstheoretisch ausgerichtete Januarausgabe von Zuerst! Scheint nicht auf die ungeteilte Zustimmung der Leser(innen) zu stoßen. So scheibt SEBASTIAN RAST aus Wuppertal in einem Leserbrief: „Nach der Lektüre der aktuellen Ausgabe habe ich eine kritische Rückmeldung zu ihrem Magazin: Ich empfinde den Ton der Artikel oft als zu polemisch, sie schwanken meinem ersten Eindruck nach stark in der Qualität. Auch möchte ich Sie bitten, sogenannten Verschwörungstheorien – wie sie zum Beispiel zum aktuellen Fall ‚NSU' überall zu finden sind – nicht zu viel Raum zu geben. Selbstverständlich ist es wichtig, auch ‚Enthüllungsjournalisten' zu Wort kommen zu lassen, doch sollten diese nicht als der Weisheit letzter Schluss gelten. Ein im Format eines Monatsmagazins erscheinendes Medium bietet an sich genug Raum, um gegebenenfalls verschiedene Autoren gegenteiliger Meinung zu Wort kommen zu lassen". Diese im Gewand einer höflichen Bitte daher kommende Kritik richtet sich offenbar gegen den seit der Ablösung des ersten Chefredakteurs Dr. Günter Deschner durch MANUEL OCHSENREITER immer deutlicher abzeichnenden Trend, ein offen neofaschistisches Blatt herauszugeben. Gleichzeitig soll aber ein relativ breites Publikum angesprochen werden, dass über die Kreise des Neofaschismus deutlich hinausgeht. Man darf gespannt sein, ob dieser Spagat gelingt.

In die rassistische Sarrazin-Kerbe schlägt BERNHARD RADTKE in seinem Beitrag zum Thema Islamunterricht an deutschen Schulen unter der den Inhalt vorwegnehmenden Überschrift „Chaos im Klassenzimmer". Geht es auf den ersten beiden Seiten des Artikels noch recht gesetzt und seriös zu, kommt der Autor gegen Ende dorthin, wo er hinwill: „In erfrischender Klarheit hatte Bestseller-Autor Thilo Sarrazin Anfang Dezember 2011 in einem Interview mit der österreichischen Zeitung Kurier ausgeführt: ‚In einem europäischen Rechtsstaat, der allen die gleichen Chancen bietet, ist Integration in erster Linie eine Bringschuld.' Unterschiede im Integrationserfolg von Migranten verschiedener Herkunft würden immer auf diese Migrantengruppen selbst zurückweisen, nicht auf die sie aufnehmende Gesellschaft. Das wollten aber viele nicht wahrhaben, ‚weil wir eine Mentalität haben, für alles, was nicht funktioniert in der Welt, uns selbst die Schuld zu geben'. Eine Mentalität, die uns teuer zu stehen kommt – im wahrsten Sinne des Wortes…. 40 Prozent der Stellen haben also direkt mit dem Thema ‚Migration' zu tun. Das entspricht einem Kostenanteil von etwas über 164 Millionen Euro, der sich überwiegend daraus ableitet, dass Ausländer ihre ‚Bringschuld' nicht einlösen." Das ist die klassisch rechtskonservativ/rassistische Argumentation: Ausländer wollen sich nicht integrieren und leben auf Kosten der Deutschen. Allerdings vermeidet es Radtke, weitergehende Forderungen zu stellen – das überlässt er den Leser(inne)n.

Besonders interessant wird es, wenn sich deutsche Rechte mit in Deutschland aktiven türkischen Faschisten beschäftigen. „Heulende Wölfe – Türkischer Chauvinismus in Deutschland: Popanz oder Bedrohung" überschreibt FALK TIEDEMANN seinen Artikel über die Grauen Wölfe. Allerdings hackt letztendlich eine Krähe der anderen kein Auge aus – und so überwiegt das Abwiegeln: „So gab es in den letzten Jahren eine Reihe brutaler Konfrantationen zwischen türkischen Nationalisten und PKK-nahen Kurden in Deutschland, bei denen es Verletzte auf beiden Seiten gab. In der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hieß es aber schon vor vier Jahren: ‚In den Ermittlungsverfahren hat sich aber – soweit bekannt – eine Zugehötigkeit der Täter zur ADÜTDF *(„Föderation der Demokratischen Türkischen Idealisten-Vereine": Dachverband der MHP-nahen Vereine in Deutschland – tri*) regelmäßig nicht nachweisen lassen.' Im Gegenteil: Die Anhänger würden – soweit bekannt – den Aufruf zur Gewaltlosigkeit befolgen… Die Bundesregierung stellte dagegen 2008 fest, die Aktivitäten der Idealisten-Vereine würden sich weitgehend auf das interne Vereinsleben beschränken …. Übergriffe ‚türkischer Rechtsextremer' auf linke Türken, Antifas, Homosexuelle oder Juden sind der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren nicht bekannt geworden…".

Aber natürlich kann es bei der Abwiegelung allein nicht bleiben, es fehlt noch etwas wichtiges: „So viel Klarheit und Konsens, wie etablierte Politiker im Kampf gegen deutschen ‚Nationalismus' zeigen, sucht man im Verhältnis zu ausländischen Rechtsextremisten vergeblich. Kritik an der Mega-Veranstaltung der Grauen Wölfe in der Essener Grugahalle wies Messe-Geschäftsführer Egon Galinnis zurück: ‚Bevor wir zugesagt haben, haben wir uns mit dem Staatsschutz und der Polizei abgestimmt. Von dort bekamen wir dann grünes Licht.' Man stell sich vor, die NPD hätte die Halle angefragt, und das wäre die Reaktion gewesen."

Den dicken braunen Knüppel dürfen die Autor(innen) des Kulturteils dann aus dem Sack holen. VOLKER HARTMANN beendet seinen Beitrag über den 50 Jahre alten Conny Froboess-Schlager „Zwei kleine Italiener" mit einer perfiden Aussage: „Wie irritierend wäre es, wenn bei einer Casting-Show von heute ähnliche Töne angeschlagen würden – denn die Mehrheit der Teilnehmer solcher Veranstaltungen sind inzwischen selbst Einwanderer – leider ganz ohne Heimweh". Und PETRA WORMSin ihrem Artikel zum 10. Todestag von Hildegard Knef: „Vieles an der Knef ist suspekt. Ihren Einstieg ins Filmgeschäft verdankt sie einer Affäre mit dem Reichsfilmdramaturgen Ewald von Demandowsky, der praktischerweise auch Chef der Tobis war. 1946 von den Sowjets hingerichtet, wurde der Geliebte rasch durch den tschechischen Juden Kurt Hirsch ersetzt, einen Kontrolloffizier der US-Armee. Seinem Einfluss ist es zu verdanken, dass die junge Berlinerin in den USA Fuß fassen kann – Staatsbürgerschaft inklusive. Ihre Rolle als KZ-Insassin in ‚Die Mörder sind unter uns' verschafft ihr einen Vertrag mit dem einflussreichen jüdischen Hollywood-Produzenten David Selznick…. In den USA freundet sie sich mit Marlene Dietrich und Ludwig Marcus an – zwei Protagonisten des anti-deutschen Ressentiments… Die Knef – eine Mogelpackung? Zweifellos. Zwar nicht so schlimm wie die Dietrich…" Aus diesen Zeilen springt einem der Hass auf die antifaschistische Emigration noch 67 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus entgegen. *(tri)* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507